

△ Berlin, 13. Febr. Während bisher eine Reihe von Korrespondenten trotz aller Dementis die Behauptung, daß schon Vorbereitungen für die Krönung des deutschen Kaisers getroffen würden, festgehalten und wiederholt hatten, geben sie jetzt selber zu, daß nicht eine Krönung, sondern nur eine Guldigung beabsichtigt werde, und daß bereits die Einladungen dazu an die deutschen Höfe ergangen seien. Auch von dieser Version gilt dasselbe, was wir früher hinsichtlich der Krönung gesagt haben. Es ist bisher in maßgebenden Kreisen von solchen immerhin nur formellen Angelegenheiten noch gar nicht die Rede gewesen. Wahrscheinlich hat das neuere Gerücht seinen Ursprung in der allerdings beglaubigten Nachricht, daß von Seiten sämmtlicher deutschen Fürsten beabsichtigt wird, während der bevorstehenden Reichstagsession Berlin zu besuchen. Von Weiterem kann bisher nicht geredet werden, denn weder sind Beschlüsse in jener Richtung gefaßt worden, noch auch Einladungen an die deutschen Höfe ergangen. — Hinsichtlich des Landtages nimmt man jetzt an, daß der Schluß der Session wahrscheinlich am 18. d., jedenfalls aber nicht früher, erfolgen werde. Wenn in einigen Blättern darauf hingedeutet worden, die Session könne, wie die Reichstagsession, ohne alle Feierlichkeit und unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten geschlossen werden, so ist das irrig. Denn nach Paragraph 77 der Verfassung hat die Eröffnung und Schließung des Landtages in einer vereinigten Sitzung beider Häuser zu erfolgen. Möglich aber ist es, daß die Regierung sich auf die einfache Verlesung der allerhöchsten Verordnung über die Schließung der Session beschränkt und von einer eigentlichen Schlußrede absteht. — Ueber den Ausfall der Wahlen in Frankreich liegen noch immer nicht hinreichend klare Mittheilungen vor, welche eine Feststellung des Gesamt-Ergebnisses möglich machten. Nach einer keineswegs zuverlässigen Schätzung der einzelnen Angaben hätten die Monarchisten, worunter Legitimisten und Orleansisten zu verstehen sind, über mindestens 300, dagegen die Republikaner und Imperialisten nur über je 100 Stimmen zu verfügen. Für Deutschland hat es kein Interesse, welche Partei die Majorität hat, sondern nur ob dieselbe Majorität einer besonnenen, dem Friedensbedürfnis des Landes entsprechenden Politik huldigt. Allerdings ist dies von den Monarchisten am ehesten zu erwarten. Indessen sind von Seiten der deutschen Heerleitung alle Vorbereitungen getroffen worden, daß im Falle der Ablehnung des Friedens der Kampfplatz sofort weiter nach dem Westen und Süden Frankreichs verlegt werden kann, um jede Neubildung

von feindlichen Truppenkörpern zu unterdrücken. Es werden alsdann zunächst diejenigen Armeecorps, welche bisher weniger gelitten haben, namentlich das 4. und 6., in Aktion treten.

Berlin, 12. Februar. Hat die liberale Partei auch allen Grund mit der Durchbringung des Armengesetzes zufrieden zu sein, so hat es nichts desto weniger innerhalb derselben große Verstimmung erregt, daß es durch die Koalition der Liberalen aus den Rheinlanden und aus Hannover mit den Konservativen aus Altpreußen, unter Führung Windthorst's es gelungen ist, jetzt dem Gutsbesitzer in den 6 östlichen Provinzen einen großen Theil der Lasten abzuwälzen, ohne dem Gemeindevorstande beitreten zu müssen, denn es ist dadurch die in den 6 östlichen Provinzen so dringend nöthige Organisation der Landgemeinde-Ordnung in weite Ferne gerückt. Es ist um so beklagenswerther, daß die liberalen Abgeordneten aus Rheinland und Westfalen zu diesem Beschlusse mitgewirkt haben, als dieselben gewiß nie dulden würden, daß in ihrer Heimath derartige Zustände herrschten und ihr Führer Windthorst v. Westphalen in Hannover notorisch dagegen angekämpft hat. Aufsehen erregte, daß einige große Grundbesitzer von der Nationalliberalen (Witt-Bogdanow) und von der Fortschrittspartei (Käsemann-Puspner) sich in jenen Abstimmungen den Gegnern angeschlossen. Man erzählt, daß die Liberalen stark auf die Unterstützung der Herrenhauspartei rechneten, welche als Gegengabe zunächst die Verwerfung des Gesetzes über die Trennung der Volksschulen von der Aufsicht der Konsistorien in Hannover betrieft. Bei den Reichstagswahlen soll das neue Bündniß weitere Früchte tragen, doch wollen hier die Liberalen, abgesehen von dem kirchlichen Gebiete, die Verfolgung liberaler Tendenzen — versprechen! — Der Berliner Magistrat hat beschlossen, da die Stadtverordneten die städtische Einkommensteuer nur auf 33 1/2% einziehen lassen wollen, 400,000 Thaler von dem Bau-Etat abzusetzen und somit eine große Anzahl von Bauten unausgeführt zu lassen. Es wird indessen auch dadurch ein bedeutendes Defizit nicht vermieden. Ferner will der Magistrat keine Anträge auf Geldbewilligung zu Festlichkeiten u. a. an die Stadtverordneten richten, man hört in letzter Beziehung, daß die erforderlichen Mittel durch freiwillige Beisteuer der Einwohnerschaft aufgebracht werden sollen.

Berlin, 13. Febr. Im Abgeordnetenhaus wird demnächst folgende Interpellation des Abg. Richter zur Beilegung kommen: „Die Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Königsberg resp. Danzig ist seit mehreren Wochen sehr unregelmäßig; die zwischen Berlin und Königsberg in der letzten Zeit ganz unterbrochen. An die Staatsregierung wird die Frage gerichtet, ob die erforderlichen Anordnungen getroffen, um diese den gesamten Verkehr störenden Schädigungen schnelligt zu beseitigen.“ — Aus den gestrigen Verhandlungen der Justizkommission über den Antrag Hagen, betreffend die Gesetzbildung von Militärpersonen erfahren wir noch, daß ein Gegenantrag des Abg. v. Rönne und ein zweiter des Abg. v. Bueghem zur Debatte standen, indessen nicht die Majorität fanden. Die Angelegenheit wird morgen das Abgeordnetenhaus wohl kurz erledigen. — Auf den Antrag wegen Aufhebung des Kriegszustandes in einigen Distrikten bezieht sich eine neue Motion Birchows, welche auf strengere Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen bei Verklündigung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes gerichtet ist. — Die Verhandlungen des Ausschusses des deutschen Handelslaes, welche am 8. ihren Anfang nahmen, sind vorgestern geschlossen worden. Wir haben schon mitgetheilt, daß

die Tendenz des Ausschusses gegen eine Aufhebung des französischen Handelsvertrages gerichtet war. Dies hat aber eine sehr getheilte Aufnahme gefunden; die Industriellen meinen, daß zu überwiegen die Interessen der Seeeplätze berücksichtigt wären und im Interesse der Industrie mindestens eine Revision des Vertrages zu wünschen übrig bliebe. Eine solche will der Ausschuß in seinem Ansuchen an das Reichskanzleramt auch als wünschenswerth bezeichnen. Von den übrigen Gegenständen der Ausschußverhandlungen nahm der im Justizministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf, betreffend die Einführung eines Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses, als ein erster und besonderer Theil der demnächstigen deutschen Fallissements-Gesetzgebung besonderes Interesse in Anspruch. Der Justizminister hat durch Vermittelung des Handelsministers das Gutachten des Ausschusses erfordert, welches mit geringen Modifikationen zustimmend lautet. Nur hat man sich seitens der Vertreter bedeutender Handelsplätze gegen die Annahme verwahrt, als ob mit diesem nur in höchst seltenen Fällen zur Anwendung kommenden Gesetz dem Verlangen des Handelsstandes nach einer besseren und resp. übereinstimmenden Regelung des kaufmännischen Konkursverfahrens Befriedigung zu Theil werde. Man wollte von dieser Seite sogar die Verathung ablehnen, weil man davon eine Verletzung des weiteren legislatorischen Bedürfnisses befürchtete. Doch überwog die Ansicht, die Vorlage der Prüfung zu unterziehen. — In der Bankfrage wurde die Erhebung der preussischen Bank zur Zentralbank des deutschen Reiches und die Erneuerung resp. Modifikation ihres Privilegs sowie weiter befürwortet, daß alle Zettelbanken mindestens an einem Ort, an welchem sich eine Filiale oder Kommandite der preussischen Bank befindet, Einlösungsstellen errichten müssen, alsdann aber die Privatnoten von der preussischen Bank angenommen, und in Zukunft Privatbanknoten nur durch Reichsgesetz freigegeben werden sollten. — Im Eisenbahnwesen traten die Klagen über Mangel an ausreichenden Transportmitteln u. a. hervor. Zur Prüfung der angebrachten Beschwerden und Ausfertigung von Vorschlägen zur Abhilfe wurde eine besondere Kommission eingesetzt. — Der nächste Handelstag findet voraussichtlich im Herbst d. J. in Stuttgart statt. Der neue Präsident des Handelstages Herr Delbrück leitete die Verhandlungen. Derselbe hatte die Mitglieder am Mittwoch zu einem glänzenden Diner geladen, bei welchem der Präsident des Reichskanzleramtes Delbrück und die Chefs des Bundes-Telegraphenwesens General v. Chauvin und der Präsident der Königl. Hauptbank v. Döbeln als Gäste erschienen waren. — Nach dem nunmehr erzielten Stande der Landtagsarbeiten und gegenüber der Aussicht, das Armenpflegegesetz durch das Herrenhaus angenommen zu sehen, ist sehr wahrscheinlich, daß der Landtag am künftigen Sonnabend d. 19. geschlossen wird.

— Die Münchener „Korrespondenz Hoffmann“ meldet: Zu Vertretern Baierns im deutschen Bundesrath sind vom Könige ernannt worden die Staatsminister Pfretschner, Schlör, Luz, der bairische Gesandte Verglas in Berlin, der Oberst Fries und Ministerialrath Berr.

— Elsaß und Deutsch-Lothringen sollen, wie der „Köln Ztg.“ von Berlin telegraphirt wird, durch den Friedensvertrag schuldlos in deutschen Besitz übergehen, der Handelsvertrag mit Frankreich erneuert werden.

— Der „Weserztg.“ theilt ein berliner Korrespondent in Betreff der Verordnung hinsichtlich der Offiziersgehälter Folgendes von kompetenter Seite mit:

Auf hiesigem Kriegsministerium gingen mehrere Pensionsgesuche von „Offizierswitwen“ ein, über deren Vertheilung mit preussischen Offizieren die amtlichen Listen keinen Ausweis gaben. Es fand sich aber, daß die betreffenden Offiziere mit Umgebung der ausdrücklichen Vorschrift geheiratet hatten. Weitere Erörterungen ergaben eine Reihe Fälle, und zwar der Mehrzahl nach Fälle, in denen die Genehmigung von allerhöchster Stelle aus ganz entschieden verweigert worden wäre. Sie betrafen Verhältnisse, die nicht bloß die Vermögenslosigkeit zum Grunde der Genehmigungsverweigerung gehabt hätten würden. Der Kaiser hat ursprünglich nur eine Abkennung der Legalität dieser Ehen und ihrer zivilrechtlichen Folgen gewünscht, so daß der Gnadenweg offen geblieben wäre. Die Veranlassung zu der dauerlichen Form und ungeeigneten Wahl der Zeit fällt Beamten außerhalb Berlins zur Last und es hat diese Wahl der Form und Zeit auch innerhalb höherer militärischer Kreise eine ähnliche Ausnahme wie im Publikum gefunden, nur daß man beim Militär das väterliche Wohlwollen des Kaisers gerade gegen das Offiziercorps so gut und dankbar kennt und hoch zu schätzen weiß, daß man auch in diesem Falle die hohe gütige Gesinnung des Kaisers lebhaft vertheiligt gegen den verlagerten Mißgriff, aus dem die Verordnung zu so unregelmäßiger Zeit in so gänzlich unerwarteter Form geflossen ist, mit Androhung von gütlich nicht einmal ganz möglichen Folgen.

— Die Ehrenbezeugungen für General v. Werder in Süddeutschland nehmen unverminderten Fortgang.

Wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, hat der dortige Gemeinderath auf Anregung der Städte Bayr und Offenbach beschlossen, gemeinschaftlich mit den Gemeinden des Landes, die sich weiter anschließen, eine badiische Ehrenprobe für den General von Werder zu ertheilen. Oberbürgermeister Lauter hat auch eine Gabe vorgeschlagen, dahin gehend: von einem bedeutenden Künstler ein Schlachtenbild aus der Gegend von Belfort in Del ausführen zu lassen, im Hintergrunde etwa das Schloß Mömpelgard, im Vordergrund Werder mit seinem Generalstab in Porträtsichtigkeit. Das Original würde dem General überreicht, nachdem Photographien davon in so großer Zahl entnommen würden, daß im Rathsaule einer jeden Gemeinde, welche Theil genommen hat an dem Dankeswerke, zum ewigen Gedächtniß an General v. Werder und unsere badiische Truppen ein Exemplar aufbewahrt werden könnte.

— Aus dem Hauptquartier ist hier die Nachricht angelangt, daß Jules Favre von Versailles aus telegraphisch den Befehl zur sofortigen Freilassung des Dr. Kayser erlassen hat.

— Die „Protestantische Kirchenzeitung“ bespricht in Anlaß der bekannten Vorgänge die „Kunstzensur des Herrn von Mähler“ und schließt den beachtenswerthen Artikel wie folgt:

„Für uns hat der eben besprochene Vorgang ein kirchliches Interesse. Er zeigt, daß die moderne Dilettantie sich auch mit der Kunstwelt nicht mehr im guten Vernehmen zu halten weiß und auch hier der Abzwicken der heutigen Kirchlichkeit und der höchsten Bildung unseres Volkes immer tiefer klappt. Luthers, dessen Name so häufig ausgesprochen wird, nahm seinen Anstoß an den antiken Darstellungen des Lucas Cranach oder des Albrecht Dürer. Dagegen gehört es zu den Eigentümlichkeiten derer, die sich als Nachbeter Luthers betrachten, daß sie sich dem pietistischen Geiste und der finsternen Weltanschauung eines falschen Calvinismus mit Vorliebe zuwenden und dem Charakter des deutschen Volkes sich mehr und mehr entfremden. Der Kirche und ihrer Unabwiesbarkeit verbannt die Welt die Gefährdung der Zensur auf dem Gebiete der Wissenschaft. Nachdem diese gefallen, scheint es, als ob man sich getraute, gewisse Kunstrichtungen auf den Index zu setzen oder vom kirchlichen Standpunkt aus zu reprobieren. In diesem Sinne hat die kirchliche Presse allen Grund, den berliner Vorgang unter den „Beichen der Zeit“ zu beurkunden. Dem Ansehen der Kirche ist das Reskript des Kultusministers in künstlerischen Kreisen gewiß nicht förderlich gewesen.“

— In Bezug auf die Frage, ob und wie weit die bisher bestehende Wertsamkeit der Schiedsmänner durch das inzwischen in Kraft getretene Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund verändert worden sei und namentlich, ob die in dem Einführungsgezet zum Strafgesetzbuch für Preußen vom 14. April 1851 enthaltene Vorschrift, wonach Klagen wegen Ehrverletzung u. a. Mißhandlungen von dem Zivilgerichte nicht eher zugelassen werden sollen, als bis durch ein Urtheil des Schiedsmannes dem Verklagten nachgewiesen worden, daß der Kläger die schiedsmännliche Vermittelung ohne Erfolg nachgesucht hat, noch zu Recht besteht, hat das Kammergericht auf ein Gesuch um Erlass einer deklarativen Anordnung einen

Kriegsbriefe.

XXIII. G.-D. Orleans, 4. Februar 1871.

Wie rasch hat sich die Physiognomie der Hauptstadt im Bereiche der II. Armee geändert! Die Sprödigkeit und Gleichgültigkeit von vordem ist einer entgegenkommenden Freundlichkeit, einer sich fügenden Toleranz gewichen und an Handel und Wandel, wie im Einzelverkehr macht sich dieser Wechsel bemerklich. Läden und Cafés haben endlich ihre Verschlossenheit aufgegeben, der Landmann besucht zahlreich den Wochenmarkt (der in ganz Frankreich am Sonnabend abgehalten wird) und es bedarf nicht gerade eines Sonntags, um, wenn das Wetter nur kein Hinderniß bildet, zahlreiche Spaziergänger den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens zuzuführen. Mit einem Worte: das Publikum hat — kapitulirt, und zwar ohne erst das Beispiel von Paris abzuwarten. Seit auch dieses „Alion“ gefallen, seit damit der von Jedermann erwartete, gehoffte Umschwung in der politischen Situation erfolgt ist, regt sich Alles natürlich noch viel lebendiger und das Volk drängt sich an allen Straßenecken, um die — Ihnen längst bekannten — Konventions- und Wahlauschreibungs-Manifeste zu lesen. Sie sind gestern spät Abends affigirt worden, und obwohl ihr Inhalt längst von Mund zu Mund gegangen war, sah man doch Viele bei der eifrigsten Lektüre beschäftigt, wobei eine zufällig nahe Gaslaterne oder eine Helatombe von Streichhölzern dem Vorleser als Beleuchtung dienen mußte. Wer 2 Sous daran wenden wollte, konnte es bequemer haben, denn mit geschäftiger Behändigkeit kolportirte man überall mit lauter Stimme das gestern neuerstandene „Journal du Loiret“. Dieses Blatt, die Hauptzeitung im hiesigen Departement, des Loiret und in dessen Hauptstadt Orleans, hat — mehr aus Fanatismus, als aus Nothwendigkeit — seit dem 4. Dez. v. J., dem Tage des zweiten Einrückens unserer Truppen, zu erscheinen aufgehört und nimmt jetzt, mit dem heutigen Datum, seine Existenz wieder auf. Es wird Sie interessieren, daß laut dieser „Nummer 1“ eine hiesige Vorversammlung folgende sieben Kandidaten für das Departement aufgestellt hat: Thiers, Dupanloup (den hiesigen Bischof), Robert de Massy, Petau, Gochery, Ganneval und d'Abouville. Thiers dürfte, da er sich nicht bloß hier großer Sympathien erfreut, vielfach gewählt werden, zumal man, was ihm jetzt zur besonderen Empfehlung gereicht, in ihm einen Anhänger der Orleans vermutet. Daß der bekannte, einflussreiche Bischof Dupanloup hier in seiner Metropole aufgestellt wird, kann Sie nicht Wunder nehmen; beiläufig soll er sich reservirt als je über die beste Regierungsform ausprechen.

Dasselbe Blatt, welches vor dem Kriege dem Kaiser äußerst devot ergeben war, enthält jetzt, obwohl noch immer von demselben Geranten gezeichnet, in seiner programmirenden Aneide an die Leser folgenden Passus: „Im Namen des unglücklichen und

entehrten Vaterlandes weisen wir energisch die Dynastie Napoleons III. zurück, die uns nur Ruin und Schande gelassen hat.“ Sodann wird auch jedes willkürliche Regiment zurückgewiesen, „das vergessen könnte, daß es gegen das Recht kein Recht giebt.“ — ein deutlicher Protest gegen die Suprematie des pariser Pöbels mit seinen Kommune-Schreibern. Das Journal macht ferner auf die Widersprüche im Elsaß des pariser und bordeaurer Gouvernements aufmerksam und fügt bitter hinzu, Frankreich, seit mehreren Monaten in der traurigen Gewohnheit, von einem Dualismus abzuhängen, wisse nicht, wem es gehören müsse.

Für die Wahl selbst wird hier ziemlich lebhaft agitiert, und die Durchreise des bekannten Pariser Regierungsmitgliedes Jules Simons, der sich nach Bordeaux begab, hat der Bewegung einen neuen Impuls gegeben.

Doch genug des Politischen! Für die Franzosen, namentlich für die des mittleren und nordwestlichen Landes, war es sehr an der Zeit, daß endlich das Ende begann. Der kolossale Konsum unserer Truppen einer, der ungeheuer erschwerte und belastete Stappenverkehr andererseits haben fast das ganze Land zu einem belagerten gemacht, und bis vor kurzer Zeit war jede größere Zufuhr hier so hermetisch abgeschnitten, daß die Bevölkerung auf ihre Vorräthe angewiesen war und theils in vielen Dingen den empfindlichsten Mangel litt, theils enorme Preise zahlen mußte. Kohlen existierten fast gar nicht, so daß eine Zeit lang die Gasbeleuchtung seitens der Privaten ganz, seitens der Stadt theilweise eingestellt werden mußte; Holz, Kernen, Wein, Milch, Käse u. s. w. stiegen auf den doppelten und dreifachen Preis, und Zucker wurde, wenn er überhaupt zu beschaffen war, mit vier Francs das Pfund bezahlt. Die Theuerung hätte vielleicht noch weitere Dimensionen angenommen, wenn nicht ein preussischer Industrieller, der von den Zuständen Wiad bekommen hatte, nach Möglichkeit importirt hätte. Brennmaterial wird noch jetzt immer empfindlich vermisst; man hat an manchen Orten vor der Stadt die Bäume gefällt, aber — dieses „frische, grüne“ Holz brennt nicht, und immer noch sind zu viele Fuhrwerke durch Requisitionen in Anspruch genommen, als daß man die Ausbeute entfernter Wälder in Massen heranschaffen könnte.

Und trotz alledem und alledem wollten diese Franzosen nicht nachgeben und beharrten in ihrer Verstocktheit. Man muß es erlebt haben, um es zu glauben, wie auf den kleinsten Strohhalm mit kindischem Sanguinismus die größten Luftschlöffer gebaut wurden. Als Oien, ein Städtchen von untergeordneter Bedeutung, von den Helsen, die jetzt das ganze hiesige Departement fast ausschließlich besetzt halten, vor einer Uebermacht von Francireurs geräumt worden war, hoffte man aufs Neue über schwänglich, verbreitete Gerüchte über eine naehende große Armee unter Bressoles, zeigte sich gegenseitig geheimnißvoll anonyme De-

pichen und lächelte die Deutschen überhau an. Ich war Zeuge folgender charakteristischen Szene. Eine jüngere Dame besuchte eine ältere und erbat auf die übliche Frage „wie geht's?“ die noch üblichere Antwort: „wie kann's jetzt gehen!“ „D, erwiderte sie, unsere Sache steht jetzt gar nicht so schlecht, noch ist nicht Alles verloren (ce n'est pas tout perdu)“, und zur Belästigung brach sie sich mit Emphase auf das — „Ereigniß“ von Oien.

Sie wissen, daß die ganze Affaire höchst unbedeutend und das Resultat unserer geringen Besetzung der Ostseite von Orleans war; man hatte eben alle disponiblen Truppen gegen Chanz verwendet. Um indessen auch auf dieser Seite nicht unthätig zu sein, hatte man die eroberten Kanonenboote selbstständig rekrutirt, armirt und mit einem eisernen Oberbau zum Schutz der Mannschaft und der Maschine versehen; ferner war Alles bereit, um die unsererseits in hiesiger Umgegend errichteten Verschanzungen, von denen ich Ihnen im letzten Kriegsbriefe erzählt habe, im gegebenen Momente sofort furchtbar zu bewaffnen, und endlich hatte man auch die Loirebrücke tüchtig unterminirt, wobei die von den Baiern vor ihrem Abzug geleisteten Vorarbeiten wesentlich zu Statte kamen. Im Uebrigen verließ man sich auf — deutsche Tapferkeit, und das kleine Detachement Helsen des Generals v. Rangau, das sich am 14. v. M. mit einem verhältnißmäßig geringen Verlust von 36 Mann gegen eine starke Uebermacht durchschlug, hat das Vertrauen glänzend gerechtfertigt.

Vermuthlich um der Verblendung der Franzosen Zügel anzulegen und die erste Stimmung der damals hier ziemlich entblöhten Deutschen zu beloben, ließ der Prinz Ludwig von Hessen, welcher hier residirt, die Siegesbepeschen des Prinzen Friedrich Karl und Pobjelski's mit riesengroßen Zetteln überall affigiren, was sonst hier nie geschehen war. Alle beunruhigenden Gerüchte waren dadurch mit einem Schlage niedergeworfen.

Für die Franzosen selbst, die uns für hartgesottene Egoisten und Prahler halten, konnte dies nicht drastischer geschehen, als durch die großartigen Gefangenentransporte, welche, von le Mans kommend, Orleans Straßen oft genug passirten. Sie hatten jedesmal ein Zusammenströmen der Bevölkerung und auch allerlei kleine Tumulte zur Folge. Etwas Gländeres, als diese dürrtüg belleideten, heruntergekommenen, theils kindlich jungen, theils unmilltärlich alten „Soldaten“ kann es nicht geben, und vielleicht kennzeichnet Nichts die Schuld der Gannebetta's u. besser, als die Eier, mit welcher diese jammervollen „Mobilen“ sich um die ihnen zugeworfenen Brotreste rissen, mit der sie um eine Zigarre bettelten. Auch an tiefergreifenden Szenen fehlte es nicht. So sah ich einmal eine ganze Familie, Mutter, Tochter und Sohn, händeringend und schreiend dem Transporte nachlaufen; sie hatten ihren Gatten und Vater unter den Gefangenen entdeckt und konnten ihn nicht einmal sprechen!

ablehnenden Bescheid erteilt, weil es lediglich den Gerichten überlassen bleiben müsse, ob sie nach der Einführung des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund, die Verbringung eines schiedsmännlichen Urtheils zur Einleitung von Jururten-Klagen auch noch ferner erforderlich finden, welcher Entscheidung nicht vorgegriffen werden könne. Der Präsident des Berliner Stadtgerichts hat auf ein dieselbe Frage betreffendes Gesuch die Bescheidung ergeben lassen, daß nach Anhörung des zeitigen Kommissars für Jururten-Klagen die formelle Vorschrift des Art. XVIII. des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 durch das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund für aufgehoben nicht zu erachten sein dürfte und deshalb auch vom 1. Januar d. J. ab die Verbringung des schiedsmännlichen Urtheils über die versuchte Sühne der Klagen wegen Verletzungen zc. in dem bisherigen Umfang erforderlich bleiben wird, daß jedoch, so ungewisshaft ihm diese Ansicht auch zu sein scheint, der erkennende Richter allein zur Entscheidung der Frage in dem einzelnen Falle kompetent sei.

Ms. — **Glogau**, 7. Febr. Am Sonntag, den 5. Februar wurde zu Carlsruhe einer der beliebtesten Offiziere unserer Garnison, der am 2. Februar seiner bei Weissenburg erhaltenen schweren Kopfverletzung erlagene Premier-Lieutenant des 3. Posenischen Inf.-Reg. Nr. 58, Edgar Spangenberg zur Ruhe befristet. Das Begräbniß fand unter allgemeiner Theilnahme statt, der Kommandant, Oberst v. Lieberherr hatte ein Kommando des 5. Posenischen Inf.-Reg. Nr. 59 unter Führung des Adjutanten und Prim.-Lt. Weisshaupt und die Pionier-Kapelle unter Leitung des Musikmeisters Bismann beordert, welche dem Geschiedenen die letzte Ehre erwiesen; die Ehrenzeichen des Verstorbenen, den Rothen Adler-Orden 4. Kl. mit den Schwertern und das eiserne Kreuz 2. Kl. trug ein noch am Stode gehender Verwundeter von Weissenburg, der Sergeant Neumann vom 58. Regiment. — Im Feldzug von 1866 wurde Spangenberg, nachdem ihm im Gefecht bei Nachod das Pferd unter dem Leibe erschossen worden war, in der Schlacht bei Stalitz durch den Litz geschossen, nach 1 1/2 Jahren war es ihm aber erst möglich, wieder in das Regiment einzutreten. Als dasselbe im Juli vorigen Jahres mobil gemacht wurde, hatte der Regiments-Kommandeur Oberst v. François, welcher dem tüchtigen und pflichttreuen Offizier stets ein außerordentliches Wohlwollen bewies, ihn in Rücksicht auf seine noch nicht ganz befestigte Gesundheit dem 5. Posenischen Inf.-Reg. zugetheilt, jedoch auf dringende Bitten beim Regiment gelassen und ihm die Führung der dritten Kompanie übergeben. An der ersten glänzenden Waffenthat dieses Krieges, der Erstürmung von Weissenburg, welche dem 58. Regiment so schwere Opfer gekostet hat, auch Spangenberg einen ruhmvollen Antheil. Nachdem der Major des 1. Bataillons v. Grönfeld tödtlich getroffen und v. Spangenberg hinter die Front getragen war, übernahm Hauptmann v. Schöten-dorf und als derselbe verwundet wurde, Hauptmann v. Rittlich das Kommando des Bataillons. Nachdem dieser den Feldtob gefundenes, führte Spangenberg das Bataillon zum Sturm gegen die Stadt und betrat als der erste preussische Offizier die Vorstadt; der Bahnhof wurde erobert und dort viele Gefangene gemacht, beim Sturm auf die innere Stadt fiel der Fahnenführer, Spangenberg in der Rechten den Säbel, ergreift die Fahne und schritt dieselbe mit der linken Hand hoch haltend voran, bis er vor dem Thore durch eine feindliche Kugel getroffen, niederfiel und von dem Sergeant Neumann und Unteroffizier Grunze zum Verbandplatze getragen wurde, wobei Neumann durch zwei Schüsse verwundet und Grunze getödtet wurde. Die Kugel hatte den Kopf gespalten und die Hirn-schale so verletzt, daß eine Heilung unmöglich war, und ist es treuer Pflege und zärtlicher Kunst nur gelungen, dem Verwundeten monatelang das Leben zu fristen.

Aachen, 6. Februar. Heute wurden, wie man uns mittheilt, auf dem Steueramte des Bahnhofes Templerbend hier-selbst 90 Kisten (angeblich mit Zuckerschneidern) faßirt, welche mit langen Säbeln angefüllt waren. (A. Z.)

Meiningen, 8. Febr. Die Friedensaus-sichten müssen im deutschen Hauptquartier recht ernste sein, da Herzog Georg mit dem Erbprinzen bereits am 5. d. Mts. von Versailles abgereist ist, am 7. in Straßburg und heute in Bonn eintrifft. Hier gedenkt er bis zum 14. Februar zu verbleiben und am 15. in seiner Residenz einzutreffen. Die Woche in Bonn gilt wahr-scheinlich der Beobachtung des Ganges der Verhandlungen in der französischen Konstitution, da man sicher sein kann, daß be-sonders der Erbprinz sein Regiment nicht verläßt, wenn nicht bestimmt der Friede in Aussicht steht. (D. A. Z.)

Karlsruhe, 9. Februar. Der Freiburger Gemeinderath beschloß, in Gemeinschaft mit sämtlichen Städten des badischen

Oberlandes und des Schwarzwaldes, dem General v. Werder ein Denkmal in Freiburg setzen zu lassen.

München, 7. Februar. Hier hat sich eine aus den Extremen der Ultramontanen bestehende „katholische Volks-partei“ gebildet, deren Führerschaft Hr. Dr. Sigl, der Redak-teur des „Vaterland“ übernommen hat. Genanntes Blatt, wel-ches Nichtbetheiligung bei den Reichstagswahlen empfahl, spricht sich jetzt für Betheiligung aus.

Fulda, 8. Februar. Wie in klerikalen Kreisen ver-lautet, soll demnächst in den katholischen Städten Deutschlands eine Petition an den Reichstag in Zirkulation gegeben werden, in welcher um endgültige Feststellung der Rechte der römischen Kirche, sowie um gesetzlichen Schutz für ihre dieselben ausübenden Diener gebeten wird. Außerdem soll in dem Schriftstücke die Hoffnung ausgesprochen werden, daß der immer weiter um sich greifenden Forderung des Verhältnisses der Kirche zum Staate und deren naturgemäßen Zusammengehörigkeit ein Ziel gesetzt werden möge. Den nächsten Anstoß zu dieser abermaligen Wühlerei für den Ultramontanismus in Deutschland, welche ohne Zweifel die westphälischen Junker zu Urhebern hat, soll die jüngste Kabinetts-ordre des Kaisers-Königs über die nach militärischen Regeln „ungiltigen Offiziere“ gegeben haben. — Auch bei den Reichstagswahlen wird die klerikale Partei in vielen Wahlbezirken als solche ihre Kandidaten aufstellen, und sollen meistens die Mitglieder des Zentrums im Abgeordneten-hause zur Wiederwahl empfohlen werden. (Trif. Stg.)

Schwetiz. **Bern**, 12. Febr. (Tel.) Der größte Theil der in Ost-frankreich gewählten Deputirten ist darüber einig, daß es zur Vermeidung alles Zeitverlustes sich empfehlen würde, wenn die Konstituante beschliesse: Mehrfach Gewählte haben die Gesamt-mandate anzunehmen und ebenso viele Stimmen zu repräsen-tiren. Es würden dadurch auch die Nachwahlen erspart.

Belgien. **Brüssel**, 12. Febr. (Tel.) Nach hierher gelangten Nach-richten soll der Stadt Rouen von den deutschen Truppen eine Kontribution von 6 Millionen Francs auferlegt worden sein, wovon 4 Millionen heute, 2 morgen zahlbar wären. (Bereits früher ist von einer solchen Kontribution die Rede gewesen, die vielleicht jetzt erst eingefordert wird. D. Red.)

Brüssel, 12. Febr. (Tel.) Die „Independance“ sagt: Es bestand die Absicht in Paris, die Nationalversammlung in Poitiers zusammentreten zu lassen; die inzwischen eingegangenen beruhigenden Berichte Simons haben das Aufgeben dieses Pla-nes herbeigeführt. — Die „Independance“ erkennt den entschie-denen friedlichen, konservativen Charakter der Wahlen an und „Etoile belge“ sieht in denselben den allgemeinen Wunsch nach Frieden.

Frankreich. **Paris**. Unter dem 4. Februar schreibt Jules Favre an den Grafen Bismarck folgende Antwort bezüglich des Wahl-dekrets Gambettas:

Herr Graf! Sie hatten recht, an meine Ehrenhaftigkeit zu appelliren, Sie werden mich nie gegen dieselbe sehen. Es ist vollständig richtig, daß Em. Excellenz mir dringend aus's Herz gelegt hat, die einzig mögliche Kombination der Zusammenberufung der letzten Kammer anzunehmen. Ich habe sie aus mehreren Gründen, auf die zurückzukommen mir überflüssig erscheint, welche Sie aber gewiß nicht vergessen haben, abgelehnt. Auf die Einwände Em. Exc. erwiederte ich, daß ich meines Vardes sicher genug zu sein glaubte, um zu behaupten, daß es nur freie Wahlen wolle und daß seine einzige Zusicht das Prinzip der Souveränität der Nation sei. Daraus aber geht bereits

vortreffliches Institut finden; alle Regeln der modernen Wis-senschaft sind in ihm mit zweckmäßigster Anordnung eingeführt worden. Jeder Saal hat durch eine sinnreiche Einteilung des ganzen Baues sein besonderes Garten-Terrain. Besonders inte-ressant, namentlich für den Arzt, ist die Konstruktion der Bet-ten, welche man kaum in einem deutschen Hospital vorfinden dürfte, und welche gestattet, den Inhaber des Bettes nach Belie-ben von seinen Nachbarn zu isoliren. Jedes Bett hat auch eine von oben herabhängende Handhabe, wodurch in vortheilhaftester Weise ein künstlicher Stützpunkt dem natürlichen des Körpers hinzugefügt wird.

Bald, meine geehrten Leser, ist das zweite Duzend meiner „Kriegsbriefe“ voll; möge ein baldiger Friedensschluß allen Kriegsbriefen ein Ende machen. J. L.

Ministergeschichten.

Die folgende Episode wird in einem Wiener Briefe des „N. U.“ er-zählt: Graf Potocki war bekanntlich vor wenigen Tagen am kaiserlichen Hoflager in Pest. Er genoß da die Ehre, mehrmals mit dem Kaiser zu konferiren; doch wurde die Neubildung des Kabinetts mit keiner Silbe er-wähnt. Am Montag Nachmittag sitzt Graf Potocki wieder in Wien in seinem Bureau, da wird Graf Hohenwart angemeldet. Der Minister-Prä-sident, überreicht durch die Anwesenheit des oberösterreichischen Statthal-ters in Wien, geht dem Ankommenden freundlich entgegen und fragt nach der Ursache seines Kommens. Da zieht Graf Hohenwart ein Blatt Papier aus der Tasche, überreicht es dem bisherigen Minister-Präsidenten und fügt die Worte hinzu: „Im Auftrage Sr. M. des Kaisers habe ich Sie zu bitten, dies Dekret zu konfirmiren.“ Graf Potocki liest, stutzt — signirt und legt das Dekret in die Hände des Grafen Hohenwart zurück, nicht ohne diesem zu seinem Amtsantritt zu gratuliren und herzliche Wünsche für das Ge-deihen seines Werkes auszusprechen. „Doch noch Eines“, fügt Graf Po-tocki vor dem Abschiede hinzu; „darf man die Namen Ihrer Herren Kol-len im Amte kennen lernen?“ — „Ich kenne sie selbst noch nicht“, antwor-tete der neue Minister-Präsident dem alten, und empfahl sich so gravitätisch-schweigsam, wie er gekommen war. Am nächsten Morgen stand Graf Po-tocki eine Stunde früher als gewöhnlich auf, nahm die „Wiener Zeitung“ zur Hand und fand die neue Ministerliste. Mit dem Blatte in der Hand fuhr er zu Laaff, und die erste Frage, die Beide gegenseitig und fast gleich-zeitig an einander richteten, war: „Wer ist Zireck?“ Die beiden abtretenden Minister kannten ihre Nachfolger nicht einmal dem Namen nach.

Jakob Benedek

ist am 8. d. M. nach sechs-tägiger Krankheit zu Oberweiler in Baden ge-storben. Am 24. Mai 1805 zu Köln geboren, studirte er 1824 bis 1825 zu Bonn, 1826 zu Heidelberg, die Rechte und beschäftigte sich dann praktisch bei seinem Vater, einem Advokaten in Köln, bis ihn 1832 politische Kon-flikte, die er sich wegen einer Schrift „Ueber Geschworenengerichte“ zugezo-gen, nöthigten, Preußen zu verlassen. Als Beteiligter am Hambacher Fest wurde er zu Mannheim verhaftet, entwich aber aus dem Gefängniß nach Frankreich. Er lebte nun zu Straßburg, Nancy und Paris, wo er 1835 die Monats-schrift „Der Geächte“ herausgab, was seine Verweisung nach Havre zur Folge hatte. Nach Paris zurückgekehrt, wurde er 1837 abermals nach Havre verwiesen, erhielt indeß auf Verwendung von Arago und Wignot bald die

hervor, daß ich keine Beschränkung des Wahlrechts zulassen konnte. Ich habe das System der offiziellen Kandidaturen nicht darum bekämpft, um es nachher zu Gunsten der gegenwärtigen Regierung anzuwenden. Euer Excellenz kann also versichert sein, daß, wenn das Dekret, von welchem Em. Exc. spricht, von der Delegation in Bordeaux veröffentlicht worden ist, es von der Regierung der nationalen Vertheidigung widerrufen werden wird; ich will mich bloß vergewissern, ob jenes Dekret überhaupt offiziell besteht und habe zu diesem Behufe Erkundigungen eingezogen. Es besteht demnach zwischen uns keine Uneinigkeit, und wir beide müssen an der festen Aus-führung der Uebereinkunft, welche unsere Unterschrift trägt, arbeiten. Ich werde übrigens die Ehre haben, Em. Exc. um 1 Uhr zu sehen. Inzwischen danke ich Em. Exc. für die schnelle Bereitwilligkeit, mit der Sie Anord-nungen zur Sendung von Lebensmitteln nach Paris getroffen haben. Ge-nehmigen Em. Exc. zc. Jules Favre. 4. Februar 1871, 1 Uhr Morgens.

Nach Mittheilungen aus Paris vom 5. Febr. waren die Klagen gegen die Regierung in der Zunahme begriffen und man ging so weit, Trochu und seine Kollegen offen des Ver-rathes zu zeihen. Den Pariserern darf man dieses nicht zu sehr verübeln. Die Regierung und besonders Trochu haben ja zu oft von der Unbezwinglichkeit der Hauptstadt gesprochen, als daß sie heute glauben könnten, daß es bei der Kapitulation mit rich-tigen Dingen zugegangen sei. Dazu kommt dann noch, daß beim Ausfall vom 19. Januar einige Fehler gemacht worden zu sein scheinen, und man behauptet nun, daß die Regierung dieselben in der Absicht begangen, durch eine Niederlage die Kapitulation vorzubereiten. Unter denen, welche besonders heftig gegen die Regierung vorgehen, befindet sich auch Rochefort, der den Glauben zu verbreiten sucht, daß Paris gar nicht nöthig gehabt hätte, sich zu ergeben, da noch Lebensmittel genug vor-handen gewesen, und zum Beweis der Richtigkeit seiner Be-hauptung führt er an, daß man den Preußen im Fort Issy allein 80 Faß Wein, 120 Kisten Speck, 500 Kisten Zwieback, 300 holländische Käse und eine große Masse Zucker, eingemachtes Fleisch, Kaffee und Reis hinterlassen habe. In den Wahlver-sammlungen gibt sich auch eine sehr gereizte Stimmung gegen die Regierung kund, wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß die meisten Redner von der Idee inspirirt sind, daß der Friede unvermeidlich ist. Nur im Club Cadet sprach sich ein Redner, Landed (er ist Deutscher von Geburt und gehört der internationalen Arbeitergesellschaft an), gegen einen „schmach-vollen“ Frieden aus. „Die Rolle der Männer“ — so sagte er —, die nach Bordeaux gehen, muß die von Leuten sein, ent-schlossen, keinen schmachvollen Frieden zu unterzeichnen. Da Paris kapitulirt hat, so zählt es nicht mehr. Gambetta fand in den Klubs einige Vertheidiger; außer diesem will man aber von den übrigen „Advokaten“ nichts wissen. In einem Klub war auch die Rede davon, daß man die Guillotine wieder aufrichten müsse, um Frankreich zu retten. Das fand jedoch wenig Anhang.

Paul Duval, erster Präsident am Appellhofe in Bordeaux, legt öffentlich Protest gegen Gambettas Dekret ein, welches die Unabsehbarkeit der Nicht-r vernichtete, und spricht sein Vertrauen auf die Assemblée aus, welche „meine Alten und die Jüngern beurtheilen und sagen wird, auf welcher Seite Pflichttreue und Achtung vor dem Gesetze sich befinden.“

Der „Constitutionnel“ ist der Ansicht, daß die einzubern-fende Nationalversammlung sich nicht darauf beschränken sollte, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Niemand habe ihr in dieser Beziehung etwas vorzuschreiben, am wenigsten die Regie-rung nationaler Vertheidigung. Der Versammlung allein stehe es zu, ihr Mandat zu beschränken oder auszuweiten. „Gewiß“, fügt er hinzu, „es wird ein ziemlich schwieriges Werk sein, die Frage wegen des Friedens oder Krieges zu lösen. Aber noch ein wichtigeres Werk wird es sein, dem Provisorium ein Ziel zu

Gelaudniß, unbehindert in Paris zu wohnen. Mit kurzen Unterbrechungen hatte er bis zum Jahre 1848 dort seinen beständigen Aufenthalt. Bei Ausbruch der Februarrevolution kehrte er nach Deutschland zurück und theilte sich lebhaft an der politischen Bewegung, jedoch im gemäßigten Sinne; die Sonderbestrebungen Heders bekämpfte er im Vorparlament, und als Kom-missar nach dem badischen Oberlande gesandt, gab er sich Mühe, den Auf-stand zu hintertreiben. In der Nationalversammlung, in welcher er Hessen-homburg vertrat, gehörte er zur gemäßigten Mitte. Der Ueberfiedelung nach Stuttgart widersprach er, ging jedoch selbst dorthin und hielt bis zur Sprengung des Rumpfparlaments aus. Von Berlin und Breslau aus-gewiesen, lebte er eine Zeit lang in Bonn, bis er 1853 sich in Zürich als Do-zent der Geschichte habilitirte. Im Jahre 1855 kehrte er nach Deutschland zurück, und nachdem er zwei Jahre in Heidelberg gelebt, gründete er sich endlich zu Oberweiler bei Badenweiler ein dauerndes Domizil, in welchem er sich theils mit schriftstellerischen Arbeiten, theils mit Gartenbau beschäf-tigte. In öffentlichen Reden und in Flug-schriften bekämpfte er die „Preu-sische Epigee“ und blieb dieser Richtung auch nach 1866 treu; er zählte zu den hervorragenden Führern der süddeutschen Volkspartei. Trotz die-ser Gesinnung fand Benedek, Dank der anerkannten Biederkeit seines Cha-rakters, in Berlin entgegenkommende Aufnahme, als er uns im vorigen Winter besuchte. Seine Vorträge verstanden ein zahlreiches Publikum zu fesseln. Seit diesem Berliner Besuche scheint eine eigenthümliche Wandlung in ihm vorgegangen zu sein. In seinen Korrespondenzen in auswärtigen Blättern wie in seinen Reden merkte man deutlich, daß er die Voreingenom-menheit gegen den Norddeutschen Charakter abgelegt. Die patriotische Er-hebung des Jahres 1870 fand Benedek als einen der Ersten, welcher sich ihr an-schloß; während die kleine Schaar Verleumdeter, welche unserer großen Zeit sich verschließen, ein heftiges „Kreuzige!“ über die Haltung Benedek's schrie, begrüßten wir den ehrenhaften Mann mit Genugthuung in unseren Reihen. Von den Schriften Benedek's, sehr verschiedenen Inhaltes, aber durch Gemüths- und Gedankentiefe, durch ausgebreitetes Wissen und durch überall durchleuchtendes warmes Nationalgefühl ausgezeichnet, sind beson-ders zu nennen: „Reise- und Rafttage in der Normandie“ (1838), „Die Preußen und das Preussenthum“ (1839), „La France, l'Allemagne et la Sainte-Alliance“ (1842), „Die Deutschen und Franzosen in Sprache und Spruchwort“, „Johann Hampden“ (beide 1843), „Irland“ (1844), „England“ (1845), „Das jüdische Frankreich“ (1846), „Schleswig-Holstein“ (1850), „Ge-schichte des deutschen Volks“ (1854—62), „Machiavelli, Montesquieu und Rousseau“ (1853), „Friedrich der Große und Voltaire“ (1850), „Washing-ton“ (1862), „Franklin“ (1863), „Stein“ (1868).

* **Ein Türke über das 2. Kaiserreich.** Azamat Bat ul, ein gelehrter Türke, welcher als Korrespondent der „Pall Mall Gazette“ den Feldzug in Frankreich mitgemacht hat, schreibt ein Buch über die neueste Geschichte Frankreichs, welches er „Auf den Ruinen des zweiten Kaiserreichs“ betitelt.

* **Die Kölner** kommen dies Jahr um ihren Carneval. Durch eine Bekanntmachung des kgl. Polizeipräsidenten in Köln vom 10. Februar sind „in Folge des Krieges und der Fortdauer des Belagerungsstandes der Stadt Köln“ alle Maskeraden auf den Straßen, Plätzen und den öf-fentlichen Lokalen auch für die drei Faschingsstage (19. 20. und 21. Februar) verboten. Eben so wenig sollen Maskenbälle in öffentlichen Lokalen ge-rattet werden.

* **Der aus Darmstadt gemeldete Erdstöß** vom 10. d. Mts. ist auch in Regh, Koblenz, Aachen, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart und anderen Orten verspürt worden.

setzen, in welchem wir seit sechs Monaten hin und her schwimmen, und Frankreich auf festen und dauerhaften Grundlagen zu rekonstituieren. Was uns anbetrifft, so wünschen wir lebhaft, daß diese doppelte Rolle von der nächsten Versammlung erfüllt werde. Frankreich ist gebrochen, tödlich verwundet; es ist dringend notwendig, seine Wunden zu verbinden. Ein zweiter Wahlschritt würde eine verderbliche Zögerung mit sich bringen.“ Der „Constitutionnel“ schreibt ferner: „Wir haben uns der Betrachtungen über den sogenannten Waffenstillstand enthalten. Dieses Dokument ist an und für sich berechtigt genug. Wir glauben, daß die Geschichte kein einziges derartiges aufzuweisen hat, was die Seite der Bedingungen anbetrifft. Unter den Bedingungen ist vor allem eine, welche als ganz besonders beleidigend für unsere nationale Redlichkeit hervorgehoben zu werden verdient. Wir finden sie im Art. 12 des Vertrags, der folgenden Massen abgefaßt ist: „Während der Dauer des Waffenstillstandes wird nichts von den öffentlichen Werthen fortgebracht werden, welche als Deckung der Kriegs-Kontributionen dienen können.“ Es ist also eine Beschlagnahme (Saisie-gagerie), welche Preußen auf unsere Werthe legt. Man ist erstaunt, daß ein Advokat wie Herr Jules Favre einen solchen Akt des Mißtrauens gegen Frankreich hat unterzeichnen können.“

Wie Briefe aus Paris vom 5. melden, hat die Regierung der nationalen Verteidigung in der französischen Hauptstadt alles Ansehen verloren. Auch Gambetta ist nicht mehr populär. Die „Société générale“ soll von besonders großen Unglücksfällen nicht betroffen worden sein. Bestimmtes über die finanzielle Lage läßt sich noch nicht sagen. Man muß erst abwarten, wie die Dinge sich gestalten werden, wenn sich die Bedürfnisse einmal einstellen und man genötigt ist, die Werthpapiere zu verkaufen, welche bis jetzt ruhig in den Portefeuilles gehalten wurden. Alphonse de Rothschild hat die ihm angebotene Kandidatur zur National-Versammlung abgelehnt. Er kündigt dies in folgendem Schreiben an:

Ich sehe, daß mein Name und der meines Bruders auf der Liste der Kandidaten zur National-Versammlung figurieren. Wie schmeichelt diese Auszeichnung auch ist, und mit welcher Erkenntlichkeit dieser Beweis hohen Vertrauens und Beweist, so können wir doch die Kandidatur, die man uns anbietet die Ehre erweist, nicht annehmen. Paris, 4. Februar. A. de Rothschild.

Der berühmte Maschinenbauer Cail zu Paris hat aus Gesundheitsrücksichten die Kandidatur ebenfalls von der Hand gewiesen.

Was Gambetta hauptsächlich bestimmte, sein Vorgehen gegen die Pariser Regierung einzustellen, war der Umstand, daß ein Theil der Präfekten ihm den Gehorsam ankündigte und sein Dekret zu veröffentlichen sich weigerte. Unter diesen befand sich Achille Delorme, Präfekt des Calvados, der gleich nach Empfang der Proklamation und des Wahldekretes Gambetta's diesem telegraphirte:

Ihre Proklamation ist sehr schön, aber nicht annehmbar, was ihren Theil über die Unterzeichnung des Waffenstillstandes anbelangt. Es ist eine öffentliche Angelegenheit gegen die Regierung von Paris, deren Minister oder Delegation Sie nur sind. Sie ist ein Aufruf zum Bürgerkrieg. In dieser Lage ist es meine Pflicht, Ihnen zu erklären, daß ich der Aufforderung, dieselbe zu veröffentlichen, keine Folge leisten werde.

Einige andere Präfekten sollen noch viel schärfer an Gambetta geschrieben und ihm geradezu erklärt haben, daß sie sich seinen Befehlen nicht fügen würden, da sie die Regierung in Paris anerkannten. Zu diesen gehört der Präfekt der Charente. Zwei andere Präfekten Gent in Marseille und Duportal in Toulouse, hatten auch revoltirt, aber nicht allein gegen Gambetta, sondern auch gegen die Pariser Regierung, sie erklärten in ihren Depeschen nach Bordeaux, daß sie gar nicht wählen lassen würden. Die Journale von Bordeaux veröffentlichten ein längeres Schreiben von Jules Simon. Dasselbe trägt das Datum des 3., giebt über seine Mission Aufschluß und tritt zu Gunsten des pariser Wahldekretes ein, das bekanntlich jetzt überall bei den Wahlen in Anwendung gekommen ist. Das Schreiben selbst sagt nichts Neues. Nur verdient folgende Stelle aus demselben hervorgehoben zu werden:

Ich sehe um mich herum einige Personen, welche keine Verhandlung wollen und den Frieden zurückweisen, welche die sofortige Fortsetzung des Krieges wollen. Ich kann über diese Frage im jetzigen Augenblick nicht diskutieren. Aber ich will in einigen Worten sagen, daß ich den Krieg verurtheile, gegen die gekämpft habe, welche ihn wollten, mit der ganzen Energie, welche ein Bürger in einer unerschütterlichen Ueberzeugung finden kann; daß, als er zu meiner großen Verzweiflung ausbrach, ich Alles aufgegeben habe, damit er kurz und glücklich für Frankreich sein möge; daß nach unseren Unglücksfällen zur Theilnahme an der Regierung berufen, ich beständig zum Kampfe getrieben habe; daß ich dazu beigetragen, damit die Verteidigung von Paris bis zur letzten Stunde, bis zum letzten Mund voll dauere; daß ich selbst heute von meinem Lande verlange, zum Kampf bereit zu sein, wenn die preussischen Propositionen mit seiner Ehre unvereinbar sind. Preußen, welches ungeachtet der von den Journalen verbreiteten Gerüchte seine Forderungen nicht bekannt gemacht hat, wird es begreifen, daß es Europa nicht verurtheilen muß, dreißigjährige Kriege wiederzuleben? Europa wird endlich in einer Sache interveniren, die es in so hohem Grade interessiert. Alle Welt weiß, alle Welt hat gesehen, daß man selbst mit dem geschlagenen und durch 20jährigen Despotismus herabgebeugten Frankreich rechnen muß. Ich wiederhole es, es ist eine ernsthafte Forderung für einen ehrenvollen Frieden vorhanden. Jeder ehrliche Mann, jeder Patriot muß an dieser Forderung festhalten, wie ich es aus dem Grunde des Herzens mit leidenschaftlicher Energie thue. Bieten wir daher Alles auf, damit der Friede diskutiert und angenommen werden kann, und damit die Autorität der Versammlung sich Frankreich, dem Seine und Europa aufzwinge.

Die meisten Blätter zollen der Aufhebung des Gambetta'schen Dekrets ihren Beifall. Das „Journal des Debats“ bringt folgenden Artikel aus der Feder John Lemoines:

Rein, kein Schmerz sollte uns erlirp haben, keine Demüthigung. Und wir selbst sind es, die sich das zugezogen haben. Es war nicht genug, den Feind ein Drittel Frankreichs besetzen, ihn von den Forts herab, die in seinen Händen sind, Paris beherrschen zu sehen. Dieser brutale Schmerz mußte noch verdoppelt werden durch größere moralische Schmerzen. Es war uns vorbehalten, von den Gebihrern solche Sektionen im Liberalismus zu erhalten und Sektionen, die leider zu sehr hervorgehoben und zu sehr verdient waren. Es ist Hr. v. Bismarck, der hochmüthige Verächter des Nationalwillens, der uns an den Respekt erinnert, den wir dem Reich schuldig sind, auf das wir uns berufen und welches er nicht anerkennt. Er ist es, der gegen unsere Regierung oder wenigstens gegen eine Hälfte unserer Regierung die Verteidigung der Freiheit der Wahlen ergreift. Er hat darüber an Hr. Jules Favre und an Hr. Gambetta Noten gerichtet. Die Ironie ist hart, sie ist blutig, sie ist beleidigend; warum ist man hingegangen sie zu suchen? Wir haben sagen hören, daß die Proklamation des Hrn. Gambetta nicht dem ihr folgenden Dekret eine gewisse Aufregung in Versailles hervorgerufen habe. Wir sind genötigt, daran zu erinnern, daß Versailles das preussische Hauptquartier ist. Wir sind auch genötigt, zuzugeben, daß es dieser Anregung nicht an Grund fehlte. Seit Anfang des Krieges und seit der gezwungenen Einführung der republikanischen Regierung sucht Preußen eine regelmäßige Ordnung der Dinge, mit welcher es regelmäßig unterhandeln könne. Es sucht, wo die Regierung Frankreichs

ist und in diesem Punkte begreifen wir seine Verlegenheit, weil sie der unsern gleich ist. Und jetzt, in dem Augenblick, wo es mit uns einen Waffenstillstand abschließt, finden wir anstatt einer Regierung deren zwei. Die Regierung von Paris macht und unterzeichnet einen Vertrag, durch welchen stipulirt wird, daß die Feindseligkeiten auf dem ganzen Gebiet aufhören müssen; auf der anderen Seite setzt eine andere Zwischen-Regierung den Auf, wenn auch nicht der Feindseligkeiten, doch ihre Proklamationen fort. Wie will man denn, daß man aus der Sache klug werde? Wäre es nicht so schiedlich traurig, so würden wir an jenes Wort erinnern: „Gabe ich die Ehre mit Ihnen oder mit Ihrem Herrn Bruder zu sprechen?“ Ist die Regierung von Paris oder die Regierung von Bordeaux, welche die Regierung ist? Wir wissen selbst nichts davon, wie sollten denn die Anderen etwas davon wissen? Aber diese Drohung des Bruchs des Waffenstillstandes und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ist nicht für uns das Schmerzlichste. Was uns mit Bitterkeit und Schmach bedeckt, ist, daß der feigliche und ruhige Feind uns Sektionen der Freiheit giebt und uns den Vorwurf ins Gesicht wirft, nicht den Vertrag zu respektiren, der die Unabhängigkeit der Wahlen sichern sollte. Er ist es, der Ihr es wohl, welcher die freie Abstimmung der französischen Bürger verlangt und das Angesichts des Dekretes des Hrn. Gambetta, der die freie Abstimmung nicht will. Es scheint, daß wir es Hrn. Gambetta verdanken, in Preußen freier als in Frankreich zu sein. Hr. v. Bismarck erinnert daran, daß es seine Idee gewesen sei, die Einberufung des ehemaligen gesetzgebenden Körpers zu verlangen, weil er eine Autorität vertrat, die gesetzlich durchs allgemeine Stimmrecht gewählt war. Das macht das Maß voll, wenigstens für uns. Wir begreifen in der That, daß die Deutschen, die die ehemaligen Kammern mit Begeisterung haben den Krieg beschließen sehen unter dem Ruf: Nach Berlin! Nach Berlin! sich heute die Verdringung geben wollen, durch diese selben Organe rufen zu lassen: Der Feind! Der Feind! Und sie würden es rufen. Ja, diejenigen, die uns in den verhängnisvollen Krieg unserer Geschichte geführt haben, waren einzig und allein würdig, den schimpflichsten Frieden zu unterzeichnen. Das haben sie wohl verdient; aber wir würden zu sehr darunter leiden, um uns selbst mit ihrer Demüthigung und ihrer Erniedrigung zu trösten.“

Der „Daily News“ schreibt einer ihrer Korrespondenten vom 4. Februar, daß er eine Promenade nach dem Triumphbogen, im Park Monceaux auf dem Boulevard Haupmann und in den Champs-Élysées gemacht habe. Zu Fuß, denn Wagen sind nicht mehr auszuweichen. Paris besetzt fast gar keine Equipagen mehr; der Korrespondent begegnete auf seinem mehr als dreistündigen Wege durch die reichsten Quartiere der Stadt nur 23. Trotz des schönen Wetters war Niemand auf den Promenaden. Paris ist noch stumm und traurig; die Stadt ist durch die schmerzvolle Lage tief gebeugt. Sonst begegnete man noch einigen Soldaten in Uniform; auch sie sind jetzt verwundet. Paris hat eine vollständige, in den Augen derer, die nicht allmählig daran gewöhnt sind, wahrhaft erschreckende Umwandlung erlitten. Die Läden, im Suli mit Blumen und duftigen Früchten gefüllt, zeigen jetzt nur wenige magere Konserven. Keine Lichter, keine Frauen, keine Wagen, keine Toiletten, keine Freude mehr, das ist heute Paris. Am 4. empfing die Stadt 700 Ztr. Getreide, 700 Rinder und 900 Hammel. Man verkauft wieder Butter, Käse, Eier, Fische — aber zu hohen Preisen. Kartoffeln gelten das Pfund 1, Butter 6, ein Duzend Eier 3 Fr. In der Nacht vom 4. zum 5. kamen von Corbeil drei Getreidezüge an. Der „Daily News“ wird von Henry Labouchere, vom 8. Februar Abends gemeldet: Die Wahlen sind ohne Unruhen beendet, das Resultat wird erst morgen bekannt werden, doch glaubt man, daß Victor Hugo, Thiers, Louis Blanc und Delescluze gewählt sind. General Chanzy ist in Paris angekommen. Die Armee hatte die Waffen abgegeben, doch haben die deutschen Behörden erlaubt, daß 25,000 Mann Soldaten, statt der im Vertrage bewilligten 12,000 Mann ihre Waffen behalten sollen, zur eventuellen Unterdrückung von Unruhen. Die Pariser Stadtkontribution wird von der Bank von Frankreich vorgeschossen. Die Deckung bleibt späteren Bestimmungen vorbehalten.“

Die Pariser Buchhandlung von Armand le Chevalier, 61 Rue de Richelieu, giebt ein mit dem Bilde des Grafen Bismarck versehenes Blatt heraus, welches mit folgenden Worten die Aufforderung zur Ermordung des Reichskanzlers enthält:

Preußen hat aus Bismarck seinen großen Mann gemacht, aber am 8. Mai 1866 ward das Land durch das Loos eines jungen Fanatikers, eines Studenten in Betrübnis versetzt, der, in Bismarck einen Feind der Freiheit ahnend, fünf Revolverkugeln auf ihn abgefeuert hatte. Blind war einer von dieser entmenschten Sekte, zu welcher Karl Sand, der Mörder Robespierres, Staps, welcher Napoleon in Schönbrunn erdolchen wollte, Daxer Becker, der Urheber des Attentats gegen den König von Preußen, gehören. Blind täuschte sich nicht, als er glaubte, er habe eine römische Seele, denn nach seiner Verhaftung wurde er Stoiker und öffnete sich die Pulsader, um dem Feinde ein Opfer zu entgehen. Wenn wir heute hören, daß ein glücklicheres Attentat gegen Bismarck gerichtet worden ist — würde alsdann Frankreich die Großmuth haben, keinen Beifall zu zollen? Denn es ist wahr, daß diese furchtbare Frage des politischen Mordes, so lange, bis sie wie die Todesstrafe und der Krieg aus dem Bewußtsein der Nationen verwischt sein wird, stets eine Frage relativer Moral sein wird! Man würde heute (Oktober) 1870 wie einen Heiland den Menschen begrüßen, welchen man einige Monate früher als einen gemeinen Mörder verdammt hätte.“

Aus Versailles 8. Febr. wird der „Nat. Ztg.“ geschrieben: Von der Wahlbewegung in Paris, die mit heute abschließt, wird man im Ganzen sagen müssen, daß sie lahm und passlos war. Gewiß ist es nach einer Seite hin zu weit gegangen, wenn man mit dem kirchlich finsternen „Univers“ sagen wollte: dieser Karneval der Wahlen von 1871 wird Paris noch lange zur Schande gereichen; und gewiß wäre es übertrieben nach einer andern Richtung, wenn man ohne Weiteres dem ewig spottenden „Figaro“ beipflichten wollte, der verzweifelt ausruft: die Wahlsammlungen sind zum größten Theil lächerlich; die Anpreisungen, die sie von sich selber machen, waren nie schwächer; die Namen der Deputirten, die sich anboten, niemals nichtiger. Wenn die Parteien nicht nur, sondern selbst ihre geringeren Nebenschaattungen wieder wild auseinandergeraten, eilige 40 Kandidatenlisten zum mindesten neben einander aus der Erde wuchsen, so liegt ein Hauptgrund dafür darin, daß die Auffindung der Kandidaten große Schwierigkeiten machte. Die Personenfrage war ein vollständiges Dilemma. Man wollte Republikaner wählen. Aber woher die Kriterien nehmen? Wollte man auf die Oppositionsmänner des Kaiserreichs zurückgehen, so mußte die Auswahl gering ausfallen. Man dachte — was sehr naturgemäß war — an die Republikaner von 1848; aber viele von ihnen sind stumpf geworden, viele haben sich verbrannt, weil sie nach 1851 die kaiserliche Farbe angenommen. Jedermann will die Republik — aber es giebt keine Republikaner, wenigstens keine, denen Jeder vertraut, daß sie nur und für immer Republikaner sein werden. Unverkennbar haben die meisten Redner in den Wahldebatten nur ihrem Aerger über die Ereignisse der letzten Monate Luft gemacht

Paris lag ihnen näher als Bordeaux. Trotzdem aber kann man nicht leugnen, daß einige Komites das ernste Bestreben gehabt haben, die Kandidatenfrage gründlich zu prüfen. Wenigstens im „Comité central“ und bei den gemäßigten Republikanern war dies der Fall. Aber die Unklarheit der Personenfrage zeigte sich auch hier. Sie trat sofort in ihrer ganzen Schärfe auf, als es sich darum handelte, die Mitglieder der Regierung entweder auf die Liste zu setzen oder auszuschließen. Wer von den Septemberrömern ist republikanisch genug? So fragte man selbst hier im Kreise der Gemäßigten. Man entschied zuletzt nur für Jules Favre. Bei vielen andern Kandidaturen dieselben Bedenken; man hielt es endlich für das Beste, eine Liste von Notabilitäten, hauptsächlich der Pariser Gesellschaft, aufzustellen, Namen, die ebenso wohl unter Louis Philipp wie unter dem Kaiser gegläntzt haben, und von denen man nur überzeugt zu sein glaubte, daß sie auch unter der Republik glänzen würden. Selbst über Belleville lag der Druck der Unsicherheit. Was die Trivialität der Worte und das brüske Spiel mit den religiösen Dingen anbetrifft, so mögen sich die Anhänger von Florens und Blanqui mit den Männern der Kommune von 1793 oder den „Bazabonds“, wie Lamartine die Vertreter des sozialen Aufruhrs in den Februartagen nannte, messen. Ihre Entschlossenheit ist Gott sei Dank von schwächerer Natur. Es haben noch einige Redner für Krieg bis aufs Aeußerste gesprochen, aber die Berichte sagen, daß die Versammlung diese Redner schweigend angehört habe. Merkwürdig genug ist es, daß selbst Viktor Hugo und — Rochefort von den Bellevillisten abgelehnt worden sind. Zwar Viktor Hugo saß zwanzig Jahre lang auf einsamen Felsen, — ein lebendiger Protest gegen das Kaiserthum. Aber, sagte ein Redner, er ist keiner der Unseren, er ist ein Aristokrat, denn — er gehört zum Bürgerthum. Ueberdem die soziale Partei bedarf junger, thatkräftiger Talente, sie bedarf der Zukunft — und nicht der Vergangenheit menschen. Noch vernichtender war das Veto gegen Rochefort. Er war Mitglied der Regierung des nationalen Veraths — „gouvernement de la trahison nationale“ lautet die Bezeichnung in Belleville. Wo war Rochefort, als am 8. Oktober die 5 Bataillone vor das Stadthaus zogen? Man bemerkte ihn nur einige Augenblicke an einem Fenster, verborgen hinter dem Vorhang. Später, am 31. Oktober allerdings, wo er einsehen mochte, daß über kurz oder lang die letzte Stunde der Regierung schlagen müsse, sagte er sich los, — aber er schwieg und ließ den „Verrath“ sich erfüllen. Rochefort ist feige und unzuverlässig — also auch er kein Republikaner. Was bleibt den Männern von Belleville?

Aus dem deutschen Hauptquartier in Versailles telegraphirt unter dem 5. Februar der Korrespondent der „Daily News“, daß es den Anschein habe, als würden zur National-Versammlung Männer von gemäßigter Ansicht gesendet werden. „Sollten sich“, heißt es weiter, gelegentlich der Frage über die zukünftige Regierung Frankreichs Schwierigkeiten ergeben, so hat der Kaiser Napoleon, wie vielfach im deutschen Hauptquartier geglaubt wird, noch immer Ausichten. Es ist für die Franzosen wichtig zu wissen, was man wirklich von ihnen verlangt, daß sie abtreten sollen. Die deutschen Forderungen müssen in Form eines Ultimatums mit dem gehörigen Nachdruck in Bordeaux präsentirt werden. Natürlich, der Waffenstillstand wird verlängert werden, wenn Frankreich die deutschen Friedenspraktiminarien annimmt. Es ist unmöglich, die Unterhandlungen zwischen dem Zusammenatreten der Nationalversammlung und dem Ende des Waffenstillstandes — am Mittag des 19. d. — zum Abschluß zu bringen. Sollte Frankreich sich weigern, die deutschen Bedingungen anzunehmen, dann werden die Vorkehrungen für eine Ueberschwemmung des ganzen Landes sich scharflich wirksam erweisen und die deutschen Truppen werden weniger wehrhzig sein. Einer sehr wahrscheinlichen Angabe zufolge verlangt Bismarck Elsaß und Lothringen mit Ausnahme der Strichs westlich von Nancy, 5 Milliarden Kriegskosten, die beiden besten Kriegsschiffe und Schleifung der Forts von Paris. Sollten die Franzosen nicht darauf eingehen wollen, um abermals geschlagen werden, dann wird Bismarck eine große Kriegsentfaltung, sämtliche Panzerschiffe und entweder noch einen Landstreich in Frankreich, oder irgend eine von den Kolonien verlangen. Ein längerer Widerstand bringt außerdem eine Verlängerung der deutschen Okkupation und eine große Beeinträchtigung der heimischen Angelegenheiten mit sich. Obwohl die Deutschen fast ganz gewiß sind, daß das Ende des Krieges gekommen, bereiten sie jedoch Alles für den Vormarsch auf Lyon und Bordeaux vor, und sollten die kriegerischen Stimmen in der Nationalversammlung das Uebergewicht bekommen, dann wird die Eroberung des gesamten Frankreichs sofort in die Hand genommen werden.

Um die Klerikalen zu den Wahlen zu ermuntern, hat der Bischof von Orléans ein Schreiben, das an einen Freund gerichtet ist, veröffentlicht, worin er „die vernünftigen Männer beschwört, sich zu vereinigen, um Frankreich aus der schauerhaften Lage zu befreien, in die es durch Gleichgültigkeit, Kurzsichtigkeit, Unsicherheit und Voreingenommenheit gerathen sei.“ Die „France“ richtet an Gambetta folgende Frage: „Ist es wahr, daß die Präfekten von Herrn Gambetta ein Rundschreiben erhalten hatten, das in folgenden Worten gielte: „Schiden Sie mir durch alle Mittel, eine republikanische Assemblée!“ Die „France“ macht darauf aufmerksam, daß die Delegation eine reine Usurpation beging, als sie sich anmaßen wollte, eine „Regierung“ zu spielen und Wahldekrete zu erlassen u. s. w. Die wahre Sachlage sei diese: Die Regierung der National-verteidigung ließ sich Anfangs in Tours, dann in Bordeaux durch einige ihrer Mitglieder vertreten, welche den Auftrag hatten, in ihrem Namen zu „administrieren“, so lange Paris vom Lande abgeschnitten war; aber diese momentane Einrichtung konstituirte keineswegs zwei Regierungen, es bestand nur eine, die pariser, und wenn diese Anordnungen für ganz Frankreich traf, so war Frankreich denselben Gehorsam schuldig. In dem Streben nach der Diktatur suchte Gambetta nun diesen Stand der Dinge zu verwischen und geriet sich als „gouvernement“ und als die Kapitulation von Paris erfolgt war und die Regierung nun ein Wahldekret erließ, da hatte der Diktator die Frechheit, sein Dekret damit zu rechtfertigen: „die Regierung von Paris ist kriegsgefangen.“ Die „France“ schließt ihre

(Fortsetzung in der Beilage.)

Verlegung des wahren Verhältnisses zwischen „Gouvernement“ und „Delegation“ mit den Worten: „Der Schritt der Delegation (in Betreff der Wahlproskriptionen) ist unter den jetzigen Verhältnissen ein Verbrechen gegen Frankreich.“

Lyon, 4. Februar. Wie das „Salut public“ mittheilt, haben sich am 3. Abends Ereignisse der betrübendsten Art beim Stadthause zugetragen. Gegen 9 Uhr bezog sich eine Delegation des „Klubs der Rotonde“, aus 100 bis 120 Individuen bestehend, worunter sich auch einige Garibaldianer befanden, in tumultuarischer Weise nach dem Place Terreaux. Die Wache im Stadthause war Kompagnien vom 6. Bataillon der Nationalgarde anvertraut. Die Posten, welche auf den Zugängen zum Perron standen, wollten dem Befehl ihres Offiziers gemäß diesen Haufen hindern die Treppen hinaufsteigen; sie wurden überwältigt und entwaffnet; einige Nationalgardisten wurden gemißhandelt; einer derselben von einem Garibaldianer mit dem Revolver bedroht. Beim Geschrei der Wachen, griff das auf Posten befindliche Kommando zu den Waffen und stellte sich auf der Plattform des Perrons auf, um den Zugang zum Stadthause zu schützen. Der Kommandeur des 6. Bataillons Corrain versuchte mit der Delegation zu parlamentiren und erbot sich, drei oder vier der Delegirten zum Munizipalrath zu führen. Dieser Vorschlag wurde unter Geschrei, Schmähungen und Drohungen zurückgewiesen. Das Bataillon wurde eine „Horde von Preußen“ geschimpft. In dem Augenblicke, wo der Kommandeur Corrain seinen Leuten, die von der Menge gedrängt die Bajonnette kreuzten, Befehl ertheilte, sich in das Innere des Gebäudes zurückzuziehen, um die Gitter zu schließen, fiel ein Revolverschuß, dem alsbald zwei andere folgten im Flur des Stadthauses hinter den Nationalgardisten. Den Schüssen folgte sofort aus der Menge der Ruf: „Zu den Waffen! Man mordet das Volk!“ Die Läden am Place und in den benachbarten Straßen schlossen sich alsbald. Inzwischen war bereits Befehl ertheilt worden, Generalmarsch zu schlagen. Vier Trommler, von einem starken Piquet begleitet, traten aus dem Stadthause. Als bald erschien das 10. Bataillon und säuberte den Platz, ohne Widerstand zu finden. Durch die drei Revolverschüsse war übrigens Niemand verwundet worden. Die Nationalgarden auf der Wache hatten keine Patrone ausgeheilt erhalten; eine Unterjuchung ihrer Gewehre ergab, daß kein frischer Schuß daraus losgegangen. Es sind Vorkehrungen getroffen, um das Stadthaus gegen einen Handstreich der rothen Partei zu sichern.

Paris, 12. Februar. (Tel.) Eine Depesche aus Havanna bringt die Nachricht, der Kommandant der französischen Flotte habe von den Behörden die Erlaubnis verlangt, den während des Waffenstillstandes ausgehenden deutschen Kriegsschiffen behufs Ueberwachung folgen zu dürfen.

Bordeaux, 12. Februar. (Tel.) Simon veröffentlicht im „Journal de Gironde“ einen Brief, worin er sagt, daß die Wiederaufnahme des Krieges notwendig sei für den Fall, daß die Friedensbedingungen unehrenhaft seien oder Preußen Härte zeige. Die Parlamentsberufung gebe jedoch ernste Hoffnung auf Frieden. Jedermann müsse das Seinige thun zur Förderung des Friedens und zur Rettung des Landes. — Im Departement des Oberrhein ergeben die Wahlen. Keller-Haas 68,725, Denfert 54,911, Grosjean 54,786, Luchard 53,414, Chausfourd 52,611, Gambetta 51,957, Etrot 47,030. — Die Majorität des monarchischen Elements im Parlament beträgt 4 zu 1.

Bordeaux, 13. Februar. (Tel.) Der Prinz von Soinville ist mit Changanier hier eingetroffen; ersterer will gegen seine Ausschließung von der National-Versammlung Protest erheben.

Italien.

Rom. Das Manifest, welches der Minister der öffentlichen Arbeiten, Cadda, in seiner Eigenschaft als außerordentlicher königlicher Kommissar in Rom bei seinem Amtsantritt veröffentlicht hat, lautet folgendermaßen:

Römer! Indem ich es übernehme, in dieser hochansehnlichen Stadt und Provinz die Regierung Sr. M. des Königs zu vertreten, erlaube ich mich, mit diesem Akt darzutun, daß meine vornehmste Obliegenheit dahin geht, die Verlegung der Hauptstadt vorzubereiten. Mit dieser Aufgabe, welche die Periode der politischen Umwälzungen abschließt und die Unabhängigkeit der Nation besiegelt, wird für Italien eine Ära des Friedens und der Arbeit beginnen, die unser Vaterland stark und wohlhabend machen wird. Hierzu bedarf es jedoch der Arbeitsamkeit und Ordnung. Italien muß hier eine Residenz finden, die den Bedürfnissen einer Hauptstadt und dem Namen Roms entspricht. Die katholische Welt muß in unseren Handlungen die erste und besterle Bürgschaft erblicken, daß wir, während wir mit loyaler Festigkeit unsere Rechte ausüben, mit gleicher Loyalität auch unsere Pflichten zu beachten wissen. Die große Verantwortlichkeit, die Italien und dem uns beobachtenden und beurtheilenden Europa gegenüber auf uns lastet, muß uns jene einträchtigen Vorlesse eingeben, die in solchen Momenten zum Siege führen. In diesem Vertrauen komme ich zu euch. Ehrt mich mit eurem Vertrauen und wir werden durch unsere Handlungen zeigen, daß wir unseres Glückes würdig sind. Rom, 1. Februar 1871. Cadda.

Rom, 6. Februar. Bei dem großen Einfluß, welchen der Klerus in Frankreich besitzt, ist es nicht zu verwundern, wenn die monarchischen Parteien, die bei der Konstituierung einer definitiven Regierung konkurriren werden, um die Gunst der Kurie sich bemühen. Der Kardinal Lucian Bonaparte, der einen stattlichen Palast an der Piazza di Venezia besitzt, theilt noch immer die sogenannte „Gefangenschaft“ des Papstes im Vatikan, wo er zwei kleine Zimmer bewohnt. Er ist wegen seiner Frömmigkeit und Herzensgüte ein Liebling Pius IX. und war, namentlich in der ersten Zeit nach Eintritt der Katastrophe, viel in dessen Gesellschaft; von seinen geistigen Fähigkeiten wird indeß sehr geringschätzig geurtheilt und die Interessen seines kaiserlichen Vaters dürfen in seinen Händen nicht eben sonderlich geborgen sein. Die Jesuiten, sowie die Mehrzahl der Kardinal- und Prälaten, sollen der Kandidatur Heinrichs V. günstig sein. Der exzentrische Monseigneur de Merode, einst Kriegsminister und jetzt Almosensier des Papstes, schwärmt, so heißt es, für die Vereinigung Belgiens und Frankreichs unter dem Scepter des Königs von Belgien. — Am 2. d. M. ward eine Deputation deutscher Adligen, unter ihnen die Grafen Stolberg, Waldburg-Zeil, Walderdorff, Schoenburg, vom Papst empfangen. Die Herren brachten eine beträchtliche Beisteuer zum Peterspfennig und überreichten eine Adresse, welche von den übereinstimmenden Gefühlen der Katholiken Deutschlands Zeugnis giebt, von dem Schrei der Entrüstung und Verdamnung berichtet, der in allen Gauen Deutschlands ertönt sei, als die

unlautliche Nachricht des fabelhaften Raub sich in seinen Dörfern verbreitete, und die Aufbietung aller Kräfte zur Wiederherstellung des Patrimonium Petri verspricht, welches die Unterzeichner, die sich Vertreter der Diözesen Deutschlands nennen, als absolut notwendig zur freien Ausübung der geistlichen Gewalt des Papstes betrachten.

Großbritannien und Irland.

London, 13. Febr. (Tel.) Ein Leitartikel der „Times“ tadelt die von Wilhelmshöhe aus ergangene Proklamation des Kaisers Napoleon in sehr herber Weise. Napoleons eigene Unfähigkeit habe sein angebliches Recht auf den Thron Frankreichs annullirt und der Krieg habe dargelegt, daß sein Genertalent nur eine Illusion sei.

London, 13. Febr. (Tel.) Der Einzug der deutschen Armee in Paris findet sicher am 19. statt. Der Kaiser, welcher an einem leichten Gichtanfall leidet, wird wahrscheinlich am 22. in die Tuilerien einziehen. Prinz Friedrich Karl hat Versailles verlassen.

Vom Landtage.

27. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 11. Febr. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministertisch mehrere Regierungen. Kommissare. Folgender Antrag des Abg. v. Strauß: Die Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß in Gemäßheit des § 11 d. d. Bundesgesetzes, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes vom 5. Juni 1869 mit der Bundespostverwaltung möglichst bald ein Abkommen getroffen werde dahin, daß an Stelle der Porto- und bezugsweise Güterbefreiungen, welche jetzt von den Staatsbehörden für die einzelnen Sendungen gezahlt, resp. gebucht werden müssen, Aversionalnahmen an die Bundespost-Verwaltung zur Auszahlung gelangen, — soll durch Schlußberatung erledigt werden.

Die Beratung des Armengesetzes wurde gestern bei § 8 unterbrochen: Die Gutsbesitzer haben in den Gutsbezirken die Kosten der öffentlichen Armenpflege gleich den Gemeinden zu tragen.

Bundsrath will Abg. Scholz in diesem § hinter „haben“ einschalten: „da wo dies seither schon der Fall war.“

Zu diesem § 8 werden von drei Seiten Zusätze beantragt: 1) von Scholz: Steht der Gutsbezirk nicht ausschließlich im Eigentum des Gutsbesitzers, so ist auf dessen Antrag ein Statut zu erlassen, welches die Aufbringung der Kosten der öffentlichen Armenpflege in dem Gutsbezirk anderweitig regelt und den mit heranzuziehenden Grundbesitzern oder Einwohnern eine entsprechende Beteiligungs- bei der Verwaltung der Armenpflege einräumt. Das Statut wird, wenn sich die Beteiligten nicht vereinigen, nach Anhörung derselben durch den Kreisrat festgestellt und muß hinsichtlich der Regelung der Beitragspflicht den gesetzlichen Bestimmungen über die Verteilung der Kommunalsteuern in den ländlichen Gemeinden folgen. Dasselbe unterliegt der Bestätigung der Bezirksregierung.

2) Von Springer: „Insofern schon seither andere Einwohner des Gutsbezirks zu solchen Kosten beigetragen haben, bewendet es dabei, sowie in Ansehung der Aufbringungsweise der Kosten. Auf den Antrag des Gutsbesitzers oder der Mehrzahl der Beitrags leistenden Einwohner ist in Betreff der Aufbringung der Kosten und der Verwaltung der Armenpflege ein Statut zu erlassen, welches nach Anhörung der Beteiligten von dem Kreisrat festgestellt und von der Bezirksregierung bestätigt wird.“

3) Von Ecker: „Wo jedoch bisher außer dem Gutsbesitzer andere Grundbesitzer oder Einwohner des Gutsbezirks an den Kosten der Armenpflege Theil genommen haben, bleibt diese Gemeinschaft fortbestehen, mit der Maßgabe jedoch, daß die Höhe der Beitragspflicht fortan nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Verteilung der Kommunalsteuern in den ländlichen Gemeinden zu regeln und allen Verpflichteten ein wirksamer Antheil an der Verwaltung der Armenpflege einzuräumen ist. Ueber Beides ist auf Antrag eines Beteiligten, ein Statut zu erlassen, welches, wenn nicht sämtliche Beteiligten sich vereinigen, nach Anhörung derselben von dem Kreisrat beschlossen wird und der Bestätigung durch die Bezirksregierung unterliegt.“

Abg. Miquel gegen Scholz und Springer, für die Fassung der Kommission, eventuell den Zusatz Ecker's. Die Kommission wolle nur den bestehenden Rechtszustand aufrechterhalten und dem Gutsbesitzer weder neue Lasten auferlegen, noch auch ihn vor der Zeit entlasten und dadurch das Zustandekommen einer guten Gemeindeordnung erschweren.

Abg. Springer: Das Amendement Ecker's entspreche am wenigsten den Wünschen der Beteiligten und der Tendenz des Gesetzes.

Abg. Ecker: Die gestrige Verabredung hat deutlich gezeigt, daß die Ansichten nach dem Schluß der Kommissionsberatungen noch nicht geklärt waren; mir ist erst jetzt gestern klar geworden, daß, wenn die Kommissionsfassung Gesetz wird, einzelne Landestheile, besonders Schleswig-Holstein, geschädigt werden. Nun sind wir den Gutsbesitzern zwar schon im Reichstage entgegengekommen und haben viel Alles beiseite lassen, vertritt auf die zukünftige Gemeindeordnung, wenn auch viel Schlechtes dabei fortwuchert. Es ist aber zuviel verlangt, daß wir den Gutsbesitzern alle Lasten abnehmen und alle möglichen Vortheile des Grundbesitzers belassen sollen (Dah! — Grundbesitzer ist vielleicht ein Wüchsen zu hoch gegriffen — große Heiterkeit.) Zugabe ist vielleicht, daß die Gutsbesitzer das Vergnügen „Gemeinde zu spielen“ etwas theurer bezahlen; aber treten Sie doch mit Ihren Gütern in die Kommunen ein, und Sie werden besser fahren; bei uns werden Sie für diesen Zweck immer lebhafte Unterstützung finden. — Zu meiner großen Freude hat ein orthodoxes Mitglied der altkonservativen Partei, Herr Schwarzwälder, es erkannt, daß der drückende Schaden der Gutsbesitzer in der Organisation der unteren Grundlagen liegt; nun, wenn Sie hier reformiren wollen, so will ich Ihnen helfen; so lange aber die Gutsbesitzer Gemeinden sind, sollen sie auch dem Prinzip gemäß neben allen Vortheilen auch die Lasten davon tragen.

Abg. v. Meyer: Wir sollen die Lasten der alten Gemeinde-Verfassung bis zur Emanation einer neuen tragen. Durch Kreisrats-Protokolle kann ich Ihnen zeigen, daß wir darauf schon vor mehr als 20 Jahren verdrückt wurden; und wenn Sie mit Ecker'schen Amendements fortfahren, haben wir sie nach 20 Jahren auch noch nicht. Ich glaube, daß wir eine gute Kreis- und Gemeindeordnung nur durch eine Oltroierung erhalten können. (Dah!) Ein Beispiel mag Ihnen zeigen, wie durch die bestehenden Gesetze der große Grundbesitz zu den Lasten herangezogen wird, wie dies aber auch Anderen unangenehm werden kann. In dem von mir verwalteten Kreis trägt ein großer Gut, das einen Werth von über 200,000 Thaler repräsentirt, die Last d. r. Armenpflege; abg. was ist davon ist eine Pargel von 100–200 M. gen., auf welcher sich die Papierfabrik der „Vossischen Zeitung“ befindet. Diese beschäftigt eine große Zahl von Arbeitern, und die Beamten derselben mußte dem Gesetze nach der Gutsbesitzer unterhalten. Er ließ sich daher jeden zuvor vorstellen, um seine Arbeitsfähigkeit zu konstatiren. Die für beide Theile daraus resultirenden Unbegünstigkeiten führten später zu einem Protokollabkommen, wonach die Fabrik für ihre Armen selbst for. — Ähnliche Verhältnisse auf dem Lande finden Sie häufig. Nun rufen und die Abgeordneten Ecker und Miquel in den Kommunalverband einzutreten; dies aber ist nicht möglich; denn wir haben keine Kommunalverträge außer der Armenpflege, höchstens noch die Wahl des Schulzins, die beim Kasse gemüßlich abgemacht wird. Aber dazu kommt noch, daß die Bauern, wenn wir auch in ihre Gemeinden eintreten wollen, uns, wie es zur Zeit d. r. Manteuffelschen Gemeindeordnung geschah, wie ein Mann erklären: „wir wollen die Gutsbesitzer nicht unter uns haben.“ Herr Ecker bemerkte ich, daß man auf den Kreisrat nicht lauter Seignurs findet, sondern gar viele Leute, die dem Abg. Ecker weit näher stehen als uns. — Schließlich gebe ich Ihnen zu erwidern, daß das Herrenhaus zu dem Amendement Ecker's keine Zustimmung geben würde, und daß Sie durch dessen Anna me also das Scheitern des Gesetzes bewirken.

Abg. Scholz behauptet, daß Ecker seinen Satz gar nicht verstanden habe, mein Amendement will eben nur Recht und Lust gleichmäßig vertheilen und trifft sich in den wichtigsten Punkten das Richtige. Bei der Abstimmung wird die Einschaltung von Scholz in § 8 („da, wo dies seither schon der Fall war“) abgelehnt; (dafür stimmt mit den Konservativen die Mehrzahl der Katholiken in Fraktion). Der Zusatz von Scholz aber wird, wie die Zählung ergibt, mit 179 gegen 162 Stimmen angenom-

men (dafür stimmt die katholische Fraktion, geschlossen mit den Konservativen und einem Theil der Konservativen) und mit diesem Satze der ganze § 8 von eben derselben Majorität.

§ 10 der Kommission enthält die Bestimmungen, nach denen, soweit die Verfassung der bestehenden Gesammt-Armenverbände nicht durch gesetzliche oder statistische Vorschriften geregelt ist, das Statut zu Stande kommen soll, das nach Anhörung der Beteiligten vom Kreisrat beschlossen und von der Bezirksregierung bestätigt wird. Zu diesem Zweck wird eine besondere Repräsentation von den Gemeinden gewählt (folgen die Modalitäten der Wahl und dann die Hauptsache): „Die Verteilung der Kosten der gemeinsamen Armenpflege auf die einzelnen Gemeinde- und Gutsbezirke erfolgt nach dem Maßstabe der in ihnen aufkommenden direkten Staatssteuern. Das Einkommen der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, welche außerhalb des Bezirkes des Gesammt-Armenverbandes wohnen, mit Einschluß der juristischen Personen, der Aktiengesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien, wird hinsichtlich der Klassen- und Einkommensteuer für den Bezirk verhältnismäßig veranlagt. Das Einkommen, welches aus außerhalb belegenem Grundbesitz oder betrieblichem Gewerbe fließt, ist außer Berechnung zu lassen.“

Die Vorlage der Regierung will die Kosten auf die einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke nach dem Maßstabe der in ihnen aufkommenden Grund- und Gebäudesteuern vertheilen, sofern nicht besondere Verhältnisse eine abweichende Festsetzung hierüber erforderlich machen. Dagegen hat das Herrenhaus beschlossen: „Die Verteilung der Kosten der gemeinsamen Armenpflege auf die einzelnen Gemeinde- und Gutsbezirke erfolgt, sofern sich die Beteiligten nicht einigen, durch das Statut“, es läßt den Vertheilungsmodus also als offene Frage.

Die Fassung der Kommission beantragt 1) v. Meyer dahin abzuändern: „Die Verteilung u. s. w. erfolgt in Ermangelung anderweiter Einigung nach dem Maßstabe der in ihnen aufkommenden Klassen- und Einkommensteuern.“ 2) v. Schorlemer: „nach dem Maßstabe der in ihnen aufkommenden Klassen- und Einkommensteuern, der Gewerbesteuer in Klasse A 1 und 2, sowie der halben Grund- und Gebäudesteuer.“ Ein Unteramendment von Schmidt (Sagan) zu v. Schorlemer will auch die Gewerbesteuer schlechthin nur zur Hälfte heranziehen.

Abg. Gneist: Bei der Frage, wie Dorf- und Gutsbezirk zu gemeinsamer Armenlast beizutragen haben, stoßen eine alte und eine neue Welt auf einander. Vor 100 Jahren war jeder Gutsbezirk die personifizierte Armen-, Polizei-, Wege-, Kirchen- und Schullast. Sein Personal- und Realeinkommen deckten sich in der Regel ungefähr. Zwischen durch lagen die Bauergemeinden und Städte, die wie Enklaven die analoge Last als Korporationen trugen. Heute hat sich das Gemeindeleben als die Grundbasis immer weiter ausgedehnt und als Ruinen ragen noch darunter die alten Gutsbezirke mit ihren historischen Lasten hervor. Wie soll sich nun der Grundbesitzer mit der Bauerngemeinde in diese Lasten theilen? Nehmen wir einen nach alter Weise normalen Fall, in welchem das Vermögen des Gutsbezirks ungefähr noch mit dem Werth des Gutes deckt, also einen Gutsherrn mit 10,000 Thlr. Einkommen, der etwa 500 Thlr. Grundsteuer und 200 Thlr. Einkommensteuer zahlt. Ihm gegenüber stehen die Bauern und kleinen Leute mit zusammen 200 Thlr. Klassensteuer. Gutsherr und Gemeinde tragen jeder die Hälfte der Gemeindefasten. Nun verkauft aber der Gutsherr plötzlich sein Gut an einen reichen Nachbar, dem die Lage des Herrenfests besonders gefallen hat. Der reichere Herr zahlt an mit 600 Thlr. Einkommensteuer und versteht mit einem Schläge die Bauerngemeinde in die glückliche Lage, daß er 1/4 die Bauern nur 1/4 der Gemeindefasten tragen. Allein die Freude der Bauern ist eine sehr kurze. Der reiche Herr hat Bekanntschaften in Berlin, er spekulirt in Rumänien, er hat einen Sohn bei der Kavallerie u. s. w., — kurz in einem Jahre ist das Vermögen gesunken, der Herr wird vielleicht noch Kostands halber zu 24 Thlr. Klassensteuer eingeschätzt und die Fasten der Bauern sind plötzlich verdreifacht, sie tragen die Gemeindefasten so gut wie allein. (Heiterkeit.) Sie werden protestiren und sagen: das Gut muß seinen Antheil tragen. Allein diese Gerechtigkeit gilt auch umgekehrt. Die Gemeinde hat kein Recht zu fordern, daß der reiche Herr sein großes Vermögen, vielleicht dreifach höher, als der Gutsherr, ausschließlich für eine Bauerngemeinde besteuern lasse. Es setzt sich aus sehr verschiedenen Quellen zusammen, die schon vom Staat und von anderen Kommunen besteuert sind. Der Gutsbesitzer hat dies allmählig eingesehen und zog zuerst alles ab, was der Gutsbesitzer aus Grundstücken bezieht, die außerhalb der Gemeinde liegen; dann das Einkommen, was aus Gewerbe und Fabrikation von außerhalb bezogen wird. Allein konsequent gilt das Subtraktionsgeheim auch vom Einkommen aus auswärtigem Handel und jedem Einkommen, welches nicht im Gemeindebezirk fließt. Alle Widersprüche in unserem Kreis- und Gemeindeverwaltungssystem, der Streit über die Einkommensteuer der Beamten, die vierfache Besteuerung der Aktien u. s. w. rührt überhaupt von dem laissez aller des Gesetzgebers her, der es den Gemeinden gestattet, überall nach dem reinen Einkommen zu greifen.

Allein diese Razzia der Einzelgemeinden auf jedes Personal-Einkommen hat noch viele andere Folgen. Der Besitzwechsel nimmt ein immer rascheres Tempo an, Handel und Gewerbe verändern die Steuerbasis auch des Dorfes, jeder Dampfhoheisen bringt eine vibrierende Bewegung in die Steuerbasis der so oft so stabilen Randgemeinden und diese Unruhe multipliziert sich tausendfältig in 45,000 Randgemeinden und Gutsbezirken unseres Landes. Die Folgen dieser Zustände lehrt Frankreich. Der französische Adel hatte einst die Abwehr aller Gemeindefasten zu seinem obersten Lebensgrundgesetz gemacht; die Revolution brach ihn, der starke Arm des Empereur zog den Grundbesitz zu schweren Grundsteuern, alles Vermögen zu schweren Personalsteuern heran, hat aber immer nur für den Staat gesorgt; der Gemeinde blieb überlassen, sie durch Zusatz Centimes und Beisätze zu den Personalsteuern ihre Bedürfnisse zu beschaffen und darüber mit Erlaubnis des Präfekten und des Empereur zu beschließen. Die Politiker von nach verführten nun, die Selbstverwaltung bestimme darin, mit Erlaubnis des Präfekten sich und seine Nachbarn zu befeuern. Das Herrenhaus nennt diese Einrichtungen Statuten über die Besteuerung. Die Steuerphilosophie der Sozialisten ist aber unabhängig dieselbe: selbst möglichst wenig zu zahlen um den Nachbar möglichst viel zahlen zu lassen. Daraus entsteht die Vorliebe für die Einkommensteuern, die man vom Staat, dem sie gehören, im weitesten Maße in die Kommunen hineinzieht, unter endlosem Streit darüber, was reines Einkommen sei. Allein es geht nicht an, daß man die Kommunen als Mobilien-Versteigerungs-Gesellschaften behandelt und den Majoritätsbeschlüssen der Interessenten die Grundfälle überläßt, über die sich der Gesetzgeber schlüssig zu machen hat. Bundsrath hat der Grundbesitz einen praktischen Vortheil von dieser Abwehr der Realsteuern nicht gehabt. Wenn in den Gemeinden unseres Reichslandes die Steuerzuläge für die Kommunen auf 200 und 300 pCt., zuweilen auf 600 pCt. der Staatssteuern gewachsen sind, so muß der Grundbesitz dabei nicht weniger bezahlen als unter einem Realsteuersystem. Der schlimmste Erfolg aber ist, daß unter diesem Mobilien-Versteigerungs-System keine wirklichen Gemeindeverbände entstehen. Es entstehen keine Polizeiverbände, sondern Polizeibezirke, keine Armenverbände, sondern Armenbüreaus, keine Gemeinde- und Gemeinfinn, sondern eine wesenlose Verwaltung durch die Staatsbeamten, die den ewigen Kampf der Sozialisten von Jahr zu Jahr niederzuhalten hat. Es entsteht noch weniger eine Verköpfung des Besitzes und der arbeitenden Klassen. Der dritte und der vierte Stand treten sich immer schroffer und feindseliger gegenüber. — Die drei- und vierfache Einkommensteuer, welche die besitzenden Klassen schon zahlen, beantwortet der arbeitende Mann nur mit der Forderung einer Progressivsteuer. — Es sind dies die Folgen eines Steuersystems, durch welches im Nachbarland grundsätzlich Jedermann nur gewöhnt wird, die gemeinen Fassen abzumähen, sein unsichbares Einkommen zu verheimlichen, das Einkommen seines Nachbarn hinauf zu schrauben; statt des Gemeinfinn einen endlosen Streit der Nachbarinteressen zu organisiren. — In dem Gewirr dieser Zustände sollten wir endlich das Bedürfnis finden, Ruhe, Festigkeit und Kommunalfinn in die Gemeindeverbände zurückzuführen. Und dafür giebt es keinen anderen Weg, als den, die Gemeindeverbände an den Kommunalbesitz zu fesseln, nach einem festen, sichtbaren, gleichmäßigen Maßstab. Es ist dies eben unser historisches Steuersystem aus einer Zeit, wo der Realbesitz sich mit dem Einkommen der Person in der Regel deckte. Auf dieser realen Natur der Kommunalsteuern beruht die Verfassung aller deutschen Land- und Stadtgemeinden, wie der Gutsbezirke. Darauf beruhen unsere ländlichen Verhältnisse in ihrer Berechtigung und in ihrem Niedergang. — Wir haben darin gefehlt, daß wir veräußert haben, so wie es England gethan hat, dies Verhältniß fortzusetzen durch jährliche Einschätzungen des stabilen Realeinkommens, auf dem allein ein wirklicher Kommunalverband beruhen kann. Der gemeinsame Maßstab für das feste Einkommen aus fixem Besitz, aus

Acker und Gebäude, aus Handel, Gewerbe, Industrie und Ackerbaubetriebe ist der Reichthum und die Macht des zum Gemeindevorstand gehörenden Besitzes, über den sich streiten, der sich aber nicht verbergen lässt, für den man auch keine theuren Kataster zu machen braucht; der sich vielmehr langen Erfahrungen Englands, Amerikas und anderer Länder vollkommen sicher einstellt. Die gewaltige Bedeutung der an den Boden geknüpften Gemeindefürer ist aber nicht bloß eine wirtschaftliche. Der entscheidendste Grund dafür ist vielmehr, daß er dem Besitzer die dauernde Zugehörigkeit und Pflicht des Nachbarverbands zur dauernden Wohnhaft macht und in lebendigem Bewußtsein hält, daß ein Gut, ein Bauerhof, ein Haus, eine Werkstätte, ein Acker mehr sind, als eine bloße Produktions- und Konsumtionsstelle, daß sie vielmehr die dauernde Werkstätte sind, auf der sich der Mensch gewöhnen soll, seine Pflichten gegen den Nebenmenschen zu erfüllen, zuerst im Nachbarverband, seine Bürgerpflichten zuerst im engeren Kreise, bevor er sich mit den allgemeinen Tragen der Politik und der Menschheit zu beschäftigen beginnt. (Beifall.) Die Verfassung der Staaten und der Charakter der Völker haben sich nirgends bestimmt durch die Theorien der Politik, sondern durch die praktische Vertheilung der Armenlast, der Polizeilast, der Schullast und der Regelast unter die Nachbarn. Reichen wir daselbst von diesem Besitze aus wie vor 100 Jahren, fügen wir hinzu die persönliche Thätigkeit für unseren Nachbarverband und wir werden den Verlust der historischen Rechte nicht länger zu beklagen haben. Der Redner schließt unter lebhaftem Beifall, mit dem Wunsch, daß alle Amendements abgelehnt und die Kommissionsfassung des § 10 angenommen werden möge und zwar in namentlicher Abstimmung, damit jeder sein Bistum öffne.

Abg. Glaser v. Gronow will allein den Kapitalisten die Last der Armenpflege auflegen und befragt den Redner: Die Vorschläge des Abg. Giese würden uns zu englischen Zuständen führen, die ich nur mit tiefem Bedauern in Deutschland herrschen sehen würde, denn mit ihnen ist ein kleiner, unabhängiger Grundbesitzerstand unvereinbar.

Abg. v. Benda (schwer verständlich) spricht für die Kommissionsvorschläge. Die Frage der Kommunalsteuer an sich sei eine ungelöste schwierige. Nach seiner Meinung sei es dem vielfach überschuldeten Grundbesitz unmöglich, seine kommunalen Pflichten zu erfüllen; er rathe dem Minister auf ein Gesetz hinzuwirken, welches den Grundbesitz von einem Theil der auf ihn lastenden Steuern befreie.

Abg. v. Mallinckrodt: Zusammen die direkten Steuern als Maßstab geltend machen, wird sich an den verschiedenen Orten verschiedene Verhältnisse ergeben. Für uns handelt es sich lediglich darum, annähernd das billige Verhältnis zu finden. Dabei kommt nun aber die sehr viel stärkere Belastung des Grundbesitzes in Anschlag. Die Einkommensteuer beträgt 3 Proz., die Grundsteuer 9 Proz. des Einkommens. Dies Verhältnis annähernd auszugleichen, ist doch wohl eines Versuches werth, wie er im Amendement Schorlemer gemacht ist.

Abg. v. Bethusy-Huc: Nach meiner Auffassung ist die Armenpflege eine Verschönerung der Arbeitsmangel, folglich eine nutzbringende Kommunalanleihe (Beifall). Ich verstehe dabei nicht die hohe städtische Bedeutung der Armenpflege, aber die Frage, wie sie uns hier vorliegt, ist keine Frage des Herzens oder der christlichen Kirche, sondern eine wirtschaftliche. Der Arbeiter wird sich vorzugsweise in den Dörfern ansiedeln, wo er im Alter gegen Mangel geschützt ist. In der Gegend des Betriebes, der dadurch entsteht und dem Grundbesitz vielfach zu Gute kommt, hat derselbe ein Äquivalent für die Opfer, die er bringt. Hüthen Sie sich vor dem Dilemma, daß der Grundbesitz die Lasten, die ihm zufallen, unrichtigster Weise auf die erwerbenden Klassen abwerfen will!

Damit schließt die Diskussion; das Amendement Meyer wird abgelehnt, ebenso der Antrag Schorlemer erst in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 175 Stimmen. (Einige Mitglieder der katholischen Fraktion stimmen mit den Liberalen). § 10 wird in der Fassung der Kommission angenommen. Nach der Annahme von § 11—14 verläßt sich das Haus um 3 1/2 Uhr bis zu einer Abendsitzung um 7 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 10. Febr. Nach Erledigung der 50-Millionen-Anleihe setzte die Budgetkommission gestern Abend die Diskussion fort über die Vorschläge, welche der Finanzminister v. D. Heydt 1869 ohne Genehmigung des Landtages aufgenommen hat und wofür die Zinsen als außerordentliche Ausgabe gebucht sind. Der Minister Campbell war in der Kommission erschienen und erklärte: Von den 7,300,000 Thlrn. Vorschüssen, welche die Seehandlung gegeben hat, kommen 3,800,000 Thlr. auf Einzahlungen, welche die Seehandlung im Voraus auf die ihr zur Veräußerung übergebenen, durch das Staatsbankrottgesetz zur Veräußerung gestellten Köln-Mindener Aktien geleistet hat, und 3,500,000 Thlr. sind Lombarddarlehen auf der Seehandlung verpfändete Effekten der Eisenbahnanleihe 1868 B. Er hoffe und wünsche in Zukunft nicht in die Notwendigkeit zur Bornehme solcher Operationen verwickelt zu werden. In der nächsten Session wolle er einen Gesetzentwurf behufs Vermehrung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse vorlegen. Mehrere Redner erkennen an, daß sich gegen das Geschäft mit den Köln-Mindener Aktien nichts erinnern lasse, denn in dem Recht zu veräußern sei auch das Recht zu verpfänden oder auf den Verkaufserlös Vorschüsse zu nehmen enthalten. Abg. Richter (Hagen) findet das zweite Geschäft noch nähere Aufklärung bedürftig, da die zwanzig Millionen Effekten der Eisenbahnanleihe 1868 B nicht erst 1869, sondern schon im November 1868 vollständig an ein Konsortium begeben worden seien. Uebrigens seien ähnliche Operationen selbst ohne Lombardierung von Effekten auch schon 1868 vorgenommen worden. Der Finanzminister erklärt, daß er ohne vorherige Einigkeit der Ältern über das zweite Geschäft eine nähere Aufklärung nicht geben könne. Die Abgg. Miquel und v. Bennigsen machen darauf aufmerksam, wie der Finanzminister zwar Hoffnungen und Wünsche für die Zukunft ausgesprochen, nicht aber, worauf es ihnen ankomme, eine Erklärung darüber abgegeben habe, ob er sich für berechtigt halte ohne vorherige Genehmigung des Landtages Vorschüsse zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsfonds aufzunehmen. Der Finanzminister lächelt und schweigt. Virchow als Referent bleibt bei seinem Antrage stehen, die Operationen theils für unbedeutend, theils für ungeeignet zu erklären. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Richter (Hagen), die Genehmigung zu den durch diese Vorschüsse entstandenen Ausgaben vorläufig und jedenfalls bis zur förmlichen Nachprüfung von Indemnität nicht zu erteilen, mit allen gegen 3 Stimmen (Richter, Klotz, Runge) abgelehnt. Sodann fällt unter Genehmigung der Ausgabe auch die Resolution Virchows mit 15 gegen 11 Stimmen. Es wird nur eine Resolution v. Kardorffs angenommen, welche die Erwartung ausdrückt, daß die Genehmigung zu solchen Operationen in Zukunft sofort oder in der nächsten Session beim Landtage werde eingeholt werden. Die Kommission erledigt dann noch die Staatsübersichtungen des Ministeriums des Innern.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 14. Februar.

Aus Versailles geht uns von Herrn Kahler, Vorstandsmitglied des hiesigen Landwehrvereins, folgende Mitteilung zu: Der Jäger Major Wiedemann vom 5. Jägerbataillon, welcher erst im November v. J. eingezogen worden war, hatte bei dem großen Ausfall am 19. Januar d. J. auf der Straße von Montreuil den Helmbügel gefunden, indem eine Kugel

durch das rechte Auge den Kopf durchbohrte. Der Brave ist der einzige Sohn einer Wittwe aus Barmsbrunn, welche als Mühlenbesitzerin demselben ihr Geschäft bei seiner Heimkehr übertragen wollte. Als die arme Mutter den Tod ihres Sohnes erfahren hatte, sandte sie einen ihrer Verwandten ab, um die Leiche des theuren Sohnes nach der Vaterstadt zu bringen. Die braven Jäger, welche dem Gefallenen ein kleines Denkmal gesetzt hatten, gruben die Leiche aus und brachten dieselbe in die Leichenkammer des großen Lazareths, wo sie in einen Zinskarg gelegt wurde, um sie auf der Eisenbahn der trauernden Mutter zu überbringen. So viel Leichen ich auch bereits bei meiner Beschäftigung im hiesigen Lazareth und überhaupt im gegenwärtigen Kriege gesehen, erregte doch diese Leiche nicht allein mein, sondern auch aller hiesigen Militärärzte höchstes Interesse. Trotzdem dieselbe nämlich bereits 18 Tage in der Erde geruht hatte, lag der brave Jäger doch im Sarge mit sanft gerötheten Wangen da, als ob er friedlich schlummere; seine Lippen hatten sich, wie von einem süßen Traum belebt, zu einem sanften Lächeln verzogen. Die Kameraden des jugendlichen Helden haben den Sarg mit Kränzen und mit einer Tafel geziert, welche die Inschrift trägt: „Hier ruhet in Gott Major Wiedemann, Jäger der 2. Kompanie des 5. Jäger-Bataillons; er starb den Heldentod bei Montreuil am 19. Januar 1871.“

Militärisches. Scheffler, Vize-Feldw. vom Ref.-Landw.-Bataillon Königsberg Nr. 33 zum St.-Lt. der Ref. des 1. Westpr. Gren.-Regts. Nr. 6, Habel, Somme, Krenzler, Runge, Vize-Feldw. vom 3. Niederholl. Landw.-Regt. Nr. 50, Folcher, Vize-Feldw. vom Ref.-Landw.-Bat. Nr. 38, zu St.-Lt. der Reserve des 3. Niederholl. Inf.-Regts. Nr. 50 befördert.

Von den hiesigen Garnisonbataillonen gehen in der nächsten Zeit 220 Mannschaften nach Frankreich ab, und zwar: 53 vom Garnisonbataillon Nr. 7 für das Landwehrbataillon Biegung unter Kommando des Feldwebels Menig vom Garnisonbataillon Nr. 7 nach Danne-marie bei Velfort; 50 vom Garnisonbataillon Nr. 46 für das Posener Landwehrbataillon nach Reg.; 58 vom Garnisonbataillon Nr. 7 und 53 vom Garnisonbataillon 46 unter Kommando des Feldwebels Linke für das Landwehr-Regiment 58 nach Die den Hofen.

Von den Baracken für die französischen Gefangenen, welche am Montage (den 13. d. M.) fertig werden sollten, sind nur zwei zur Auslieferung gelangt, eine am Wildhof, die andere in der Nähe des Schwabthors. Der Bau der übrigen ist sistirt worden, nachdem die betr. hiesigen und auswärtigen Zimmermeister, welche den Bau derselben übernommen, auf dem Bureau der Festungsbaudirektion angegeben hatten, welchen Schadenersatz sie beanspruchten, falls die Baracken gar nicht, oder erst später errichtet werden würden. Wie verlautet, beanspruchen dieselben im Falle des Nichtaufstellens der Baracken 4 bis 50 Prozent des festgesetzten Betrages; die Entscheidung des Ministeriums ist noch abzuwarten.

Das Gerücht von der Befähigung der Wahl des Hrn. Bürgermeisters Kogel zum Oberbürgermeister scheint nach den von uns eingezogenen Erkundigungen unbegründet, da weder diesem Herrn selbst, noch auf den betr. Bureau der hiesigen Regierung irgend etwas bekannt ist. Daß jene Wahl befähigt werden wird, ist wohl nicht zweifelhaft, hat doch dem Vernehmen nach die hiesige Regierung selbst die Befähigung bescheinigt.

Zur Wahlbewegung unter den Polen. Der „Dziennik“ ist in eine fatale Lage gebracht worden. Es ging ihm nämlich von der Redaktion des „Tygodnik katolicki“ folgendes Dokument zu mit der Bitte, dasselbe in seinen Spalten zu veröffentlichen:

Posen, 10. Februar 1871.

Wir Gedenksunterzeichneten halten es für unsere Pflicht, zu erklären, daß wir bei den nächsten Wahlen zum deutschen Reichstage die Stimme geben werden, der nicht hinreichende Garantie leistet, daß er bei gegebener Gelegenheit zum Schutz der weltlichen Herrschaft des Papstes und des Vereinsrechts in Bezug auf die Klöster auftreten werde; ebenso werden wir keinem die Stimme geben, der nicht versichert, daß er gegen die konfessionelle Schule und gegen die Zivilehe auftreten wird.

(Folgen die Unterschriften von 37 Geistlichen.)

Dr. Dziennik“ steht ein, daß der erste Eindruck, welchen er beim Empfang des Schreibens erhielt, das Gefühl der Verwunderung war über die Naivität des in ihm gesetzten Vertrauens. Es sei ja bekannt, wie der „Dziennik“ der Gegenstand der beständigen Angriffe in den Spalten des „Tygodnik“ gewesen sei. Ebenso bekannt sei es der Redaktion des „Tygodnik“, wie wenig das publizistische, politische und nationale Gewissen des „Dziennik“ sich mit der Stellung vertragen lasse, welche die Unterzeichneten des Dokumentes einnehmen. Doch will der „Dziennik“ dem in ihm gesetzten Vertrauen entsprechen und drückt das Schriftstück ab. Wichtiger erscheint es ihm, dasselbe zu besprechen. Er betrachtet es für ein mittelbares Attentat auf die Solidarität, welche bisher unter den Polen in Wahlangelegenheiten geherrscht, als ein Attentat, welches eine Spaltung namens separater Programme hervorruft. Wenn dieses nur Banner eines partikularistischen Programms Anlaß findet, so bezeichne es das Ende des Polonismus in Polen. Dem gegenüber ruft der „Dziennik“ die polnische Bevölkerung zur Einigkeit auf, zum Festhalten am nationalen Banner. „Sieben wir — ruft er — auf der nationalen Grundlage, halten wir uns an das durch uns selbst aufgestellte Recht, so lange es eben recht ist. Darüber hinaus ist Alles verwerflich und — führt zu Anarchie und Spaltung.“

Dr. Au, Direktor der Adersbauseile in Sanktowo ist von dem polnischen Korrespondenten des „Gazet“ der Gwaltfamt der Wahlagitator für die Kandidatur Kraszewski gewesen worden. Er schreibt nunmehr an den „Dziennik“, daß er auf seiner Wahlversammlung für die Kandidatur Kraszewski das Wort ergreifen habe. Doch habe der Gaskorrespondent nicht nur seine Person, sondern auch das Institut, dem er vorstehe, angegriffen. Anderes zu verteidigen überlasse er denen, deren Wert es ist; für sich aber beanspruche er nicht nur die Freiheit der Uebersetzung, sondern auch die Freiheit nach seinen Uebersetzungen zu handeln ohne Rücksicht auf irgend eine Koterie. Zum Schluß verweist Dr. Au noch, daß, wenn der Gaskorrespondent durch seine Denunziation beabsichtigt haben sollte, ihn aus seiner Stellung zu drängen, dies ihm schwerlich gelingen, und wann es ihm gelinge, er selber (Dr. Au) noch anderweitig ein Feld für seine Thätigkeit im polnischen Interesse finden werde.

Der Verkehr unserer Stadt mit der Provinz ist in Folge des außerordentlichen Schneefalles nicht bloß auf der Eisenbahn, sondern auch auf den Chausseen in außerordentlichem Maße gehemmt. Wie bedeutend dieser Verkehr besonders nach derjenigen Richtung hin ist, wo noch keine Eisenbahnen existiren, davon kann man zu anderen Zeiten sich aus Deutlichkeit, z. B. auf der Wallfahrt, überzeugen, welche bisweilen für die aus dem Osten unserer Provinz eintreffenden zahlreichen Frachtfuhrwagen zu enge ist, so daß häufig bedenkliche Störungen entstehen. Dieser ganze, sehr beträchtliche Verkehr auf den Chausseen, welcher von unserer Stadt radial nach allen Richtungen der Provinz sich erstreckt, hat jetzt schon seit einiger Zeit fast ganz aufgehört; die Wochenmärkte sind außerordentlich schwach besucht und gemähren einen Anblick, als wären katholische, oder, was für den Verkehr in unserer Stadt noch mehr bedeutet, jüdische Feiertage. Von Fuhrwerken bemerkt man nur sehr wenige, höchstens aus der nächsten Nähe der Stadt, und in Folge der geringen Zufuhr sind die nöthigsten Lebensmittel, welche uns sonst aus meilenweiter Entfernung zugeführt werden, bereits bedeutend im Preise gestiegen. Diese Störung des Verkehrs bringt den Produzenten, welche mit dem Abzug ihrer Erzeugnisse auf unsere Stadt angewiesen sind, ebenso empfindliche Nachteile als den Konsumenten. In gleicher Weise stört der Abzug derjenigen Produkte, welche sonst von hier nach der Provinz verfahren werden. Wir erwähnen hier z. B. des Wärischen Biers

aus den hiesigen Bierbrauereien, welches sonst meistens per Kiste nach den Städten unserer Provinz geschickt wurde. Da diese Art des Verkehrs schon seit einiger Zeit völlig unterbrochen ist, so lassen sich manche Gastwirthe und Restaurateure in den kleinen Städten ihr Bier mit der Post von hier kommen, wodurch der Preis allerdings bedeutend erhöht wird. Wenn aber auch, wie dies vor wenigen Tagen noch der Fall war, der Postverkehr vollkommen stockt, dann fügen die dürftigen Biertrinker in unseren Nachbarstädten allerdings ganz auf dem Trocknen!

Die Straßenreinigung hat der Stadt in der Zeit vom 30. Januar bis zum 11. Februar 829 Thlr. gekostet, und zwar für Fuhrwerke 722 Thlr., für Arbeiter 107 Thlr. Rechnet man dazu die Kosten für die Straßenreinigung im Januar, so betragen die Gesamtkosten vom 1. Jan. bis 11. Febr. 2688 Thlr. und sind für diesen Betrag etwa 10,000 Kubik Fuß Schnee und Eis abgefahren worden. Seit dem 1. Febr. gehen täglich 20 Gespanne, welche zusammen 240 Fuhrwerke täglich leisten.

Auszeichnung. Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten hat dem Bäcker der Herrschaften Bronke und Ottomow, Caffe, in Anerkennung seiner Verdienste um die Hebung der Landwirthschaft die silberne Gekrönte Medaille verliehen.

Kollekte. Die in den evangelischen Kirchen des Regierungsbezirks Posen zum Festen der Haupt-Bibel-Gesellschaft in Berlin im Jahre 1870 abgehaltene Kirchenskollekte hat einen Reinertrag von 165 Thälern (rund) ergeben.

Vier Lehrlinge eines hiesigen Gewerbetreibenden sind Sonntag Abend ohne Wissen ihres Meisters von hier mit der Bahn abgereist. Man vermutet, daß das Reisziel der jugendlichen Flüchtlinge Hamburg ist. Welches Motiv dieselben zu dieser plötzlichen Abreise bewogen hat, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt.

H. Rogasen, 9. Febr. [Wohltätigkeit.] In Folge der anhaltenden bitteren Kälte fand von den Einnahmen des künftigen Dilettanten-Theaters wiederum eine Vertheilung von Mehl, Erbsen, Grütze und Brennmaterial an die bedürftigsten der hiesigen Landwehrfrauen statt. Um bei dem strengen Winter in ähnlicher wohltätiger Weise mit diesen Unterstützungen fortfahren zu können, wäre es sehr wünschenswert, wenn von dem Kaufmann Hrn. S. Lowe eine nochmalige Dilettantenvorstellung recht bald veranstaltet würde. Hr. Rittergutsbesitzer v. Nathusius auf Eukom hat trotz der bedeutenden Entfernung und schwierigen Kommunikation an arme Landwehrfrauen eine reiche Lieferung von Brennmaterial vertheilen lassen.

Theater.

Es liegt in der Natur provinziellstädtischer Bühneninstitute, daß ihnen für komplizirtere Leistungen, für Dramen mit größerer Personenanzahl, für Aufstattungsstücke u. dgl. die Mittel in gewissem Umfange nicht zu Gebote stehen. Wenn sie sich dennoch an größere Aufführungen wagen, so geschieht dies zumeist dem Stückenpferd eines einzelnen oder mehrerer Bühnenmitglieder zu Liebe, die denn auch das Mögliche zu Stande bringen, aber um so empfindlicher den Abfall fühlbar machen, der zwischen ihnen und dem Personal dritten und vierten Grades existirt. Es entsteht nun die Frage, ob es geräthen sei, um einer oder zweier guter Leistungen willen dem Publikum noch eine Menge anderer mittelmäßig oder schlecht gespielter Partien mit in den Kauf zu geben. Wir unterseits erneuern diese Frage unbedenklich. Die Kunst bietet nicht Stückwerk; ihr Charakter ist die Vollkommenheit, das Runde, Abgeschlossene, Fertige. Wir verzichten mit Freuden auf einen guten „Tell“, wenn ihm nicht ein guter „Walthar Furst“, ein gelungener „Gessler“ u. s. w. zur Seite stehen. Man wird sagen, es sei schon verdienstlich, im Publikum überhaupt das Gedächtniß an Schiller und seine Stücke festzuhalten und anzuregen, gleichviel, ob dabei der Dichter zu Schaden kommt oder nicht. Doch wir wollen keinen verkrüppelten Schiller. Das Bild des Dichters muß in seiner ganzen edeln Größe dem Volke gezeigt werden oder gar nicht. Für sein Gedächtniß wirkt die Schule, die Bühne für seine Schätzung. Ein gutes Lustspiel in wohlgeordnetem Ensemble ist auch ein Kunstwerk, und zwar ein solches, welches unsere Bühne schaffen kann. Und wir sind sehr zufrieden, wenn in diesem Bereich Genügendes geleistet wird. Darüber hinaus erwarten wir wenigstens für jetzt keine sonderliche Vertretung des klassischen Repertoires auf unserer Bühne; in normalen Zeiten würden wir sie fordern.

Wir können nach diesen einleitenden Bemerkungen uns über die Sonntag-Aufführung des „Tell“ kurz fassen. Hr. Johanneß („Wilhelm Tell“) und Hr. Rohde-Gebeling („Werner Stauffacher“) hielten das Stück. Ersterer entwickelte oft gerühmte Vorzüge, schien uns trotz dem Elementaren im Charakter Tells, dem Naturmenschen, nicht genug Gerechtigkeit zu thun; er war zu sehr von Reflexion überwuchert und gewissermaßen zu philosophisch angehaucht. Hr. Rohde gab den kranken Mann, den ernsten, erwägender, aber dann auch thatkräftigen Mann mit vollem Verständnis. Der „Gessler“ des Hrn. Pöhlitz konnte nicht genügen; ein Liebhaber, der sein Organ herunterstimmt und die Augen rollt, ist doch noch lange kein Charakterdarsteller. Auch verlangt „Gessler“ von „Tell“ nicht, daß er den Apfel vom Knopf, sondern vom Kopf des Knaben herunterschleudert. Solche und ähnliche lapsus linguae, wie sie wiederholt gesündigt wurden, dürfen uns aus einem Schillerischen Drama nicht entgegenstehen. „Walthar Furst“ (Hr. Pöhlitz) war ein sentimentaler und, was noch schlimmer ist, ein trivialer Philister; nicht ein edler Zug trat uns an dieser Gestalt entgegen, dagegen eine Menge von Prosa, die wir mit Schiller nicht vereinbarlich finden. „Arnold von Melchthal“ (Hr. Frey) gab eine Deklamation zum Besten, der es gleich sehr an Berühmtheit wie an Schönheit fehlte. Dagegen hielten sich Hr. Janger als „Gertrud“ und Hr. Papal als „Hedwig“ recht brav. Hr. Kaps als „Bertha von Brunck“ deklamirte zu unsicher.

Das Facit des Eindrucks war ein ungünstiges; den guten Willen der Direktion, das klassische Repertoire nicht zu vernachlässigen, erkennen wir an. Besser aber ist es unstreitig, wenn der gute Willen sich Aufgaben stellt, denen er gewachsen ist.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Baumer in Posen.

M u f r u f.

In Anbetracht daß auch in diesem Jahre die strenge Kälte andauert, die Brennmaterialien bedeutend theurer geworden und daß der Verein zur Vertheilung von Heizmitteln an hiesige isr. Arme gegenwärtig auch Landwehrfrauen zu berücksichtigen hat, was die Vereinskasse erschöpfend in Anspruch nimmt, sehen die Unterzeichneten sich genöthigt, ihre Mitbürger um direkte Spenden zu eruchen, und sind selbe zur Annahme bereit.

Jsidor Czapski,

Kl. Gerberstr. 11.

Wolff Zadek,

Kl. Gerberstr. 7.

J. H. Landsberg,

Judenstraße 32.

Die Zinkweißfabrik Ludwigshütte in Bernsdorf o. L. empfiehlt ihre Fabrikate.

Am 17. d. Mts., Mittags 1 Uhr, soll auf dem Markte in Samter ein zum Gendarmenriedienst unbrauchbar gewordenes Pferd öffentlich meistbietend verkauft werden. Kollath, Kreis-Wachmeister.

Märkisch-Posener Eisenbahn.



Es soll die Lieferung von 3000 Stück eichenen Bahnschwellen, 5000 Stück kiefern Bahnschwellen im Wege der Submission vergeben werden. Termin hierzu ist auf **Sonnabend, den 25. Febr. cr.,** Vormittags im hiesigen Central-Bureau angesetzt. Die näheren Bedingungen liegen daselbst sowie in den Bureaus der Betriebs-Inspektion zu Frankfurt und Posen zur Einsicht aus und können gegen Erstattung der Druckkosten per Post bezogen werden. Guben, den 9. Februar 1871. Der Betriebs-Direktor. **Korn.**

Bekanntmachung.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns **Adolph Janczowski** zu **Miloslav** ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über den Alford-Termin auf **den 25. Februar 1871,** Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar im Sitzungszimmer des Gerichtshofes anberaumt. Die Beteiligten werden hiervon mit dem Bemerkten in Kenntnis gesetzt, dass alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Alford berechtigten. Die Handlungsbücher, die Bilanz nebst dem Inventar und der vom Verwalter über die Natur und den Charakter des Konkurses erstattete schriftliche Bericht liegen in unserm Gerichtshof zur Einsicht der Beteiligten offen. **Posen, den 28. Januar 1871.** **Königliches Kreisgericht.** **I. Abtheilung.** Der Kommissar des Konkurses. **Munk.**

Bekanntmachung.

Der Neubau eines Schweine- und Federvieh-Stalles auf dem Hofe des Stabstallmeisters **Krawitz**, veranschlagt (incl. des Holzwerthes und der speziell nachzuweisenden Mehrarbeiten) auf 215 Thlr. 22 Sgr. 4 Pf.; Die Neudeckung des Strohdaches auf der Südseite des Scheunengebäudes daselbst, veranschlagt auf 92 Thlr. 12 Sgr.; Die Neudeckung des Strohdaches auf der Westseite der Scheune des Hofes-Stabstallmeisters **Pufzygnowo**, veranschlagt auf 81 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf., sollen — jede Arbeit für sich — im Wege der Minuslitzation vergeben werden. Hierzu habe ich einen Termin auf **Dienstag den 28. d. M.,** Vormittags 9 Uhr, hiermit anberaumt, zu welchem qualifizierte Bauunternehmer mit dem Bemerkten eingeladen werden, dass die Litzationsbedingungen und die betreffenden Anschläge in der hiesigen Registratur eingesehen werden können. **Ludwigsberg, den 12. Februar 1871.** Der königliche Oberförster. **Kruger.**

Gerichtlicher Ausverkauf.

Das zur **Nathan Wolfsohn'schen** Konkurs-Masse gehörige **Modewaaren-Lager** und zwar: Kleiderstoffe in allen Qualitäten, Leinen, Shirting, Regligé-Stoffe, wollene Waaren, Tuche, Gardinenstoffe, Damen- und Kinder-Jaquets etc. etc. soll im Laden **Breitest. u. Marti-Gae** (neben der Rothen Apotheke) an den Wochentagen zu billigen Preisen ausverkauft werden.

Der Massen-Verwalter Ludwig Manheimer.

60 Schock Rohr

Rehen zum Verkauf in **Antaraz-Mühle** bei **Badewitz.** **Zuchtvieh-Auktion** zu **Dom. Milewken** bei **Neuenburg, West-Preußen.**

Freitag, den 24. Februar von Vormittags 10 Uhr ab, über 12 **Bullen** 1 bis 1/2 jährig, reinblütige **Amsterdamer Race** (Heerde-B. III. Band) 8 **tragende Kühen** 2 bis 2 1/2 jährig, derselben Race; 30 **junge Eber** u. **Sauen** Berkshire und Yorkh. Race; 2 **drei- und vierjährige Stuten**, 1/2 engl. Vollblut. Am Auktionstage stehen Wagen auf dem 1. Meile entfernt n. Bahnhof **Germwinz** (St. Bahn) bereit. **P. Fournier.**

Am 28. Februar c.,

Vormittags von 11 Uhr ab, findet auf der Propstei Michorzewo die Minuslitzation zur Vergebung des Baues eines neuen Viehstalles, eines Kellers am Propsteigebäude und eines neuen Steinthors an der Kirchhofsmauer daselbst statt. Zeichnungen und Kostenschläge können eingesehen werden auf der Propstei Michorzewo per Buk.

Minuslitzacya odbędzie się na plebanii w Michorzewie

dnia 28. Lutego

rano od godziny 11. do wybudowania nowego obórki i sklepu przy kapelanii i nowej bramy w murze cmentarza kościelnego tamże. Rysunki i kosztorysy przejrzeć można na plebanii w Michorzewie per Buk.

Wir empfehlen hiermit zur Frühjahrsbestellung billigh: **Superphosphate I. Qualität, Wiesendünger u. Knochenmehl ab Freiberg, Kali- und Magnesia-Salze ab Staßfurt, unter Garantie des Gehalts** und bitten vorkommende Aufträge an unsere Vertreter in Schlesien und Posen, Herrn **Felix Lober, Breslau, Klosterstraße 83,** zu adressiren. **Galle & Comp., Muldenhütten bei Freiberg in Sachsen.**

Auf dem Dom. **Gowarzewo** 5. Schwerlenz stehen vom 4. d. M. ab nachstehende königl. Hengste als Beschäler:

- 1) **Deveroux**, braun, vom Gondolier aus der Darioletta.
- 2) **Hatcher**, braun, vom Polydor aus der Hesta,
- 3) **Gabylo**, englischer Vollblut-Hengst, Schimmel, vom Ibius aus der Cancjou.

Jeder obiger Hengste deckt für 2 Thlr. 7 1/2 Sgr. **Mittwoch** den 15. Februar bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischemelender **Rehrbrüher** Rasse nebst Kälbern in **Reiters Hotel** zum Engl. Hof zum Verkauf. **J. Klakow, Viehhändler.**



Dom. **Modrze** bei **Stenschemo** verkauft ca. 30 Stück gut angefleischter **Ochsen**, die zum größten Theil noch arbeitsfähig sind.



Auf dem **Dominio Nitsche** (Bahnhofstation Alt-Boyer) stehen zum Verkauf: junge sprungfähige **Holländ. Vollblut-Bullen**, dunkelrothe Bullen von der **Alt-Boyer Race**, englische **Fleischschafböcke** und **Mütter**, **Suffolk- u. Yorkshire-Vollblut-Schweine** verschiedenen Alters.

1100 Paar

gefärbte wollene Socken fürs Militär empfiehlt billigst

Carl Lemcke,

Danzig, Kohlenmarkt Nr. 23.

Water-Closets

bester Konstruktion in den neuesten Façons empfiehlt in großer Auswahl

S. J. Mendelsohn.

Flaschen mit unserem Firmastempel kaufen mit einem Silbergrößen pro Stück jederzeit.

Gebr. Andersch

Frostbalsam,

bestes Mittel Frostbeulen schnell zu beseitigen, und dem Aufspringen der Haut vorzubeugen, a. Flasche 5 Sgr. in **Dr. Mankiewicz's** Apotheke.

Mähmaschinen

für Handwerker und Familiengebrauch zu enorm billigen Preisen stehen zum Verkauf auf einige Tage bei **Hrn. Brunnendäumlecker C. Jaglin, Chemiker Dr. Hauck's oregonischer Dorschleberthein** a. Bl. 12 1/2 Sgr. bei Schwindluchten, scrophulösen Leiden etc. vielfach bewährt ist in Posen nur allein bei **Hrn. Hof-Apotheker Dr. Mankiewicz** zu haben.

Täglich frische **Tafelbutter** empfiehlt **E. Brechts Wwe.** **Bronkerstr. 13.**

10 Str. feine Butter a 38 Thlr. offerirt das Dom. Klein Rändchen bei **Bojanowo.**

Französische Liqueure

als: **Liqueur Bénédictine, Liqueur de la Grande Chartreuse jaune, Liqueur de la Grande Chartreuse vert, Elixir de Spa, Curaçau triple sec, Crème de Cacao à la Vanille, Liqueur de café de Mocca etc. etc.**

empfehlen **Antonie Kallmann, Frenzel's Niederlage,** **Wilhelmsplatz 6.**

St. Martin 62.

der erste Stock 5 Stuben, Küche, Abgangslage mit Wasserleitung vom 1. April ab vermietbar.

Wöblirte Zimmer **Wilhelmsstr. 13.**

Mühlentstr. 6. 2 Tr. 1 möbl. 3. 5 Thlr.

Für einen Kaufmann, Destillateur, Delmüller, Getreidehändler sind die zu den Geschäften erforderlichen Räumlichkeiten mit Destillir-Apparat und Delmühle im Ganzen oder Einzeln in Wreschen zu vermieten. Mündliche Auskunft ertheilt der Justiz-Rath **Pausch** in Wreschen.

Zum 1. März werden in der Gegend des Wäglingspates oder Neustädter Marktes ein oder zwei gut wöblirte Zimmer von einem Offizier zu mieten gesucht. Adressen sind abzugeben im Bureau der 5. Gendarmen-Brigade **Mühlentstr. Nr. 21.**

Lotterie-Agenten sucht das Lotterie-Comptoir zu Königsberg i. Pr. Altknab. Bergstraße Nr. 12/13.

Ein gebildeter, umgänglicher Inspektor mit guten Empfehlungen findet bei einer adligen Herrschaft in Pommern eine hundert und dauernde Anstellung. Derselbe muß befähigt sein, ein Gut von ca. 1300 Morg. selbstständig zu bewirtschaften, da der V. s. i. kränzlich ist. Im Auftrage des landwirthschaftlichen Bureau von **Joh. Aug. Goetsch** in Berlin, Rosenthalerstr. 14.

Ein Clavier-Musik-Lehrer kann auf dem Lande in einer herrschaftlichen Familie eine Anstellung erhalten. Adressen werden in Posen Tellus entgegen genommen.

Ungarische Prämien fl. 100 Loose.

Ziehung 15. Februar 1871.

Diese Loose, unstreitig zu den sichersten Lotterie Papieren gehörend, sind von der **königlichen Ungarischen Regierung** garantirt, Ziehungen am 15. Februar, 15. Mai, 15. August, 15. November.

Haupttreffer fl. 250,000, 200,000, 150,000, 100,000.

Jedes Loos muß mit mindestens fl. 104 gezogen werden.

Die Gewinne erliden keinen Steuerabzug.

Diese Loose sind bei allen Bank- und Wechselhäusern des In- und Auslandes zum jeweiligen Tages-Kurse zu haben.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

II. Theil. I. Hälfte. Jahrg. 1871. Saling's Börsen-Papiere.

Enthaltend: Wechsel, Sorten, in- und ausländische Fonds, Pfand- und Rentenbriefe, Bank- und Industrie-Actien.

Preis: Geheftet 2 Thlr.

Das Buch giebt in durchaus unparteiischer Weise die Rentabilitätsverhältnisse und alle wissenswerthen sonstigen Daten, die Usancen, Coursberechnung etc. jedes einzelnen an den Nord- und Süddeutschen Börsen gehandelten Börseneffecten an.

Berlin. Hande- u. Spensersche Buchhandlung.

(F. Weidling)

(397)

In der königlichen Hof-Buchhandlung von C. S. Mittler & Sohn, Berlin, Kochstraße 69, erschien soeben:

Graf Bismarck und die deutsche Nation von **Dr. C. Rössler.** 62 S. — 10 Sgr.

Inhalt: I. V.: 1848—1870. VI. Bismarck und Napoleon III. VII.: Rückblick u. Ausblick.

Frankfurter Lotterie.

Ziehung III. Klasse 15. dieses Monats.

Hauptgewinn 15,000 fl.

Die Loose III. Klasse können bis 15. d. früh abgeholt werden, ebenso die Gewinne und Freiloose. Nur noch einige neue Loose sind abzulassen.

Pläne und Ziehungslisten gratis.

Das neue Lotterie-Comptoir

S. Litthauer, **Posen, Wilhelmspl. 17.**

Ein tüchtiger **Waldwärter**, der gut schießen kann, findet zu **Georgi c.** Anstellung auf dem Dom **Ruchocice** bei **Grätz.**

Ein Lehrling findet unter günstigen Bedingungen sofort Placement bei **Max Cohn jr.**

Ein Lehrling,

mit den nöthigen Schulkenntnissen und heider Landesprachen mächtig, wird zum sofortigen Antritt gesucht von

L. Kankel.

Einen Commis

fürs Materialgeschäft, deutsch und polnisch sprechend, sucht zum sofortigen Antritt

H. Mansard in **Deutsch.**

Einen Lehrling sucht zum bald. Antritt

H. Wolkowik, **Conditorei, Wilhelmsplatz 12.**

Guteimmen weiß nach die **Frau Kareska,** **Alten Markt Nr. 80.**

Ein Commis,

mosl., der poln. Sprache mächtig, der schon das fünfte Jahr in einem Speerel Geschäft fungirt, gegenwärtig noch activ ist, wünscht veränderungs halber pr. 1. April cr. in einer größeren Provinzialstadt ein anderweitiges Engagement. G. f. Offerten werden erbeten unter **A. Z. 19** poste restante **Ostrowo.**

Eine Erzieherin

für jüngere Kinder, die den ersten Unterricht in der franz. und engl. Sprache ertheilt, auch den Kindergarten besucht hat, sucht zum 1. April d. J. ein Engagement. Nähere Auskunft wird ertheilt durch **Fräul. Grosse** auf **Rokietnica** vor **Posen.**

Verloren 1 Cigarrentasche, gegen Belohnung abzugeben im **Batalions-Bureau 37. Landwehr-Batall.,** **Mühlentstraße 16.**

יום דונח ויום

Morgen Mittwoch den 15. Febr., Abends 6 Uhr, Vortrag über: **Israel und die Völker** mit Rücksicht auf den modernen Nationalitätsbegriff, im Saale **Friedrichsstraße 18.** — Eintritt frei von der **Friedrichs- u. Mühlentstraße.** **D. A. Heister.**

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besonderen Meldung. Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Caroline** mit **Herrn Julius Girsbruch** von hier beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Jacob E. Gensler und Frau.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen starb im Wochenbett meine liebe Frau **Julie v. Neden** geb. **Chuden.** **Posen, den 12. Februar 1871.**

v. Neden, **Regierungs-Assessor.**

Verstärkt.

Nach dreiwöchentlichem Krankenlager verschied Sonntag am 12. mein lieber Mann, der Restaurateur **Joseph Maluche** am Typhus in seinem 45. Lebensjahre.

Dieses hat jeder besonderen Meldung allen Verwandten, Freunden und Bekannten zeigt ergebenst an die tiefbetrübte Wittwe

Julie Maluche

und ihre fünf Kinder.

Der königl. Polizeikassen-Rendant hiersebst, **Herr Gustav Adolph Franz Tausch** ist am 9. d. M. Morgens plötzlich gestorben und heute beerdigt worden, wovon die Freunde und Bekannten des Hingeschiedenen in der Provinz Posen hiermit ergebenst benachrichtigt werden.

Fra Hurst a. M., den 12. Februar 1871.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. **Hr. Marie Tiburtius** mit dem Gymnasiallehrer **H. Götsche** in Charlottenburg.

Verbindungen. **Hr. Berth. Felix De-**

vene mit **Hr. Helene Lehmann** in Berlin, **Hr. Rudolf Wille** mit **Hr. Bertha Walsch**, **Hr. August Riegenwaldt** mit **Hr. Sophie Thoms** in Zauer und Nauen, **Gerichtsassessor Justus v. Schmidt-Phisfeld** mit **Hr. Marie Holzermann** in Weibing.

Geburten. Ein Sohn: **Hr. J. Levin-**

sohn in Berlin, **Hr. Oscar Hünnerbein** in Berlin, **Hr. G. E. Müller** in Berlin, dem Major und Adjutanten **v. Aweyde.**

Stadt-Theater in Posen.

Dienstag den 14. Febr. Des Nächsten **Gaußfrau.** Lustspiel in 3 Akten von **Julius Rosen.** — Dazu: **Das eiserne Kreuz.** Schauspiel in 1 Akt von **Wichert.**

In Vorbereitung: **Der Statthalter von Bengalen.** (Benefiz für **Hr. Rhode-Ebeling.**) — **Rosenmüller und Finkle** oder: **Abgemacht ist abgemacht.** Lustspiel in 5 Akten von **Dr. Carl Löffler.**

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Dienstag den 14. Februar:

Englisch. **Bleib bei mir.** **Ballet etc.**

Die Direction.

Gisbine heute und jeden Dienstag der Woche bei **Volkmann, Bronkerstr. 17.**

Heute **Gisbine** bei **Heinrich Baer.**

Wasserstraße 14.

auszubeuten. Auf spekulativem Gebiete fand in Folge dessen leicht die retrograde Bewegung Eingang, während gleichzeitig das Geschäft selbst durch das unregelmäßige Eintreffen der Briefposten beeinträchtigt wurde. Die Nachricht von dem Rücktritt Gambetta's tief nur vorübergehend eine günstigere Stimmung hervor, weil sich die Börse, wie erwähnt, bereits seit dem Waffenstillstandsabluß mit dem Gedanken an einen baldigen Frieden mehr als je vertraut gemacht hat.

Der Verkehr in den tonangebenden österreichischen Spekulationseffekten wurde durch die Haltung der Wiener Börse ungünstig beeinflusst und zwar brachte man die Verstimmlung der letzteren mit der Neubildung des österreichischen Ministeriums in Zusammenhang.

Betreffs der geschäftlichen Spezialitäten haben wir zunächst zu erwähnen, daß Rumänische Eisenbahn-Obligationen in Folge der über die Abkantung des Härten Karl zirkulirenden Gerüchte und der in der rumänischen Kammer stattgehabten Verhandlungen abermals starken Schwankungen unterworfen waren und nach sehr lebhaftem Verkehr heute zu 48 mit einem kleinen Avance schließen, weil sich die obigen Gerüchte nicht bestätigen. Die Kupons der Obligationen wurden zu 82½—79½—80 gehandelt. Der nicht unbedeutende Rückgang der Türken wurde durch ein Gerücht motivirt, nach welchem in der Türkei eine Finanzkrise als nahe bevorstehend bezeichnet wurde; Franzosen gaben in Folge der in Aussicht genommenen neuen Afrikan-Emission, welche behufs Vermehrung der Transportmittel und zur Legung von Doppelgleisen beschlossen sein soll, gleichfalls allmählig im Preise nach, während Bombarden erst in den letzten Tagen auf Grund der betreffs der 1870-Dividende vorliegenden ungünstigen Nachrichten einem stärkeren Kursdruck erlagen.

Inländische Eisenbahnaktien mußten der matten allgemeinen Tendenz ebenfalls mannigfache Konzeffionen machen. In Rhein-Radebahn-Aktien entwickelte sich nur vorübergehend eine größere steigende Bewegung, weil die Bahn angeblich ihrer militärischen Wichtigkeit wegen vom Staat angekauft werden soll. Von Banken waren Meiningen beliebt und steigend; die Bank zahlte pro 1870 10 Proz. Dividende, beabsichtigt jetzt ihr Betriebskapital zu vermehren und im Verein mit der deutschen Bank ein neues Bankunternehmen in London zu gründen. Inländische Fonds und Prioritäten blieben nur theilweise behauptet; die neuen deutschen Fonds, Bundesanleihe und Schatzscheine waren anfänglich zu besseren Preisen lebhaft gefragt, gaben aber in den letzten Tagen etwas nach und zwar im Zusammenhang mit der laut Erlass vom 27. Januar d. J. genehmigten Ausgabe weiterer 25 Mill. Thaler Bundesanleihe, welche jedoch nicht zur Emission kommen soll, sondern zum Umtausch gegen Schatzscheine dienen sollen.

Von Wechsellern waren Petersburg, Warschau und London steigend. Wien etwas niedriger im Verkehr; Geld ziemlich flüssig; Privatbanknot 4 1/2 Procent. — Am 13. und 14. d. M. findet die Subskription auf die 3proz. oldenburgische Prämienanleihe statt. Die Sicherheit der oldenburgischen Finanzen und der feste Binsay lassen eine starke Betheiligung bei den Zeichnungen voraussagen.

Man notierte folgende Schlußkurse:






	Kurs vom 4. Februar.	Höcſter Kurs dieſer Woche.	Niedrigſter Kurs 11. Februar.
Preußiſche Konſols .	91	91	91
Oeſterr. Staatsbahn	206	207	204½
Lombarden	101	101	97½
Oeſterr. Kreditaktien	137½	138½	136½
Amerikaner	96½	96½	96
Italiener	54½	55	54½

Produkten-Börse.

Berlin, 13. Februar. Wind: S. D. Barometer: 28¹/₂ Thermometer: 5° —. Bitterung: klar und milder. — Die Stille im Geschäft permanent. Roggen ist in den Preisen wesentlich nicht verändert und Abflüssen auf Termine ist wenig bekannt geworden. Weizen so gut kein Angebot; Käufer fehlen zwar nicht, sie halten sich aber vom Markte. — Roggenmehl auf nahe Lieferung höher. — Weizen wenig be- — Preise ziemlich fest. Sekundirt 1000 Ctr. Rübengeschäftslos. — Rüböl 100 C Kilogr. — Hafer loco recht fest, Termine geschäftslos. — Ausnahm des Herbsttermis matt und eher etwas billiger. Getür- 800 Ctr. Rübengeschäftslos 28¹/₂ Rtl. per 110 Rtl. — Spiritus in der Haltung; das Angebot ist spärlich. — Weizen loco pr. 1000 Kilogr. 78 Rtl. nach Qual., per diesen Monat. — Febr. März. — April-Mai

Börse zu Posen
am 14 Februar 1871.

Fonds: kein Geschäft.
[Mittlicher Bericht.] **Woggen.** pr. Febr. 49, Febr.-März 49,
Frühjahr 49½, April-Mai —, Mai-Juni 50½.
Spiritus [mit Zeh] gekündigt 6000 Quart. pr. Febr. 15½, März
15½, April 15½, Mai 15½, Juni 16, Juli 16½.

48¹  [Privatbericht.] Wetter: Frost. Roggen: matt. pr. Febr. 48¹  G., Febr.-März do., Frühjahr 50 - 49¹ bz. u. G., Mai-Juni 51 bz. u. G., Juni-Juli 52 G.
 Spiritus: matter. Gel. 6050 Quart. pr. Febr. 15  G., März 15¹ B., April 15¹ B., 15¹  G., Mai 15¹ bz. u. G., April-Mai 15¹ bz. u. B., Juni 16  B., 16¹ B., Juli 16¹ B. u. G. Solo ohne Saß 14¹ bz.

Berlin, 11. Febr. [Wöchentliches Börsenbericht.] Die Hoffnung, daß nach Ablauf der für den Waffenstillstand vereinbarten Frist der Kampf nicht von Neuem wird aufgenommen und die definitiven Friedensverhandlungen beginnen werden, hat auch in Börsenkreisen fast allgemein Raum gewonnen. Nichtsdestoweniger zeigte unsere Börse in der verfloßenen Woche keine feurliche Physiognomie, theils weil es der Speculation an Spannkraft fehlt, aus eigener Initiative der steigenden Tendenz weiteren Vorhub zu leisten und neue anregende Factoren sich nicht geltend machten, anderentheils weil durch mannigfache ungünstige Gerüchte die Stimmung sowohl hier, wie an den fremden Märkten, unter denen namentlich wieder auch Paris als mitrednender Factor zu fungiren beginnt, unter Druck gehalten wurde. Selbstverständlich verschlehte die Valsepartei nicht, diese Gerüchte, unter denen diejenigen betreffs russischer und türkischer Rüstungen und der bereits erfolgten Abdankung des Fürsten Karl von Rumänien im Vordergrunde standen, zu ihren Gunsten das besten Kräfte

Berlin, 13. Februar. Die Börse hatte im gestrigen Privatver-
kulationspapiere gegen Sonnabend wenig verändert. Zita inrer, Färten, Am-
zum Theil etwas höher. Die anhaltische Landesbank gibt, wie heute teleg-
mäßig beliebt. Von Russen waren englische etwas höher gefragt, besonders
Inländische Prioritäten fest; ein Theil der 5- und $\frac{3}{4}$ proc. gut z-
nische steigend. — Konstantia 95½ bezahlt. — Ungarische Loose wurden etw-
eine starke Ueberschätzung erwartet.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 13. Februar 1870.

Preussische Fonds.

Nordd. Bundesanl.	5	98½	b ₂
Nordd. Bj. Bundes-			
Schack'scheine	5	98½	b ₂
Freiwillige Anleihe	4½	98½	⊗
Staats-Anl. v. 1859	5	98½	b ₂
do. 54, 55, 57, 59 64	4	91	⊗
do. 1856	4½	91	b ₂
do. 1867 C.	4½	91	b ₂
do. A. D.)	4½	91	b ₂
do. von 1868 B.	4½	91	b ₂
do. 1850, 52 conv.	4	83½	b ₂
do. 1853	4	8½	b ₂
do. 1862	4	83½	b ₂
do. 1868 A.	4	83½	b ₂
Staatsschuld'scheine	3½	8	b ₂ ⊗
Präm. St. Anl. 1855	3½	11½	B
Kurb. 40 Egr. Obl.	—	64½	B
Kur- u. Neum. Schl.	3	80	⊗
Oberdeichbau-Obl.	4½	90	⊗
Berl. Stadtoblig.	5	99	b ₂
do. do.	4½	91	B
do. do.	3½	74½	b ₂
Berl. Börsen-Obl.	5	99	b ₂
Berliner	4½	88½	B
Kur- u. Neum.	3½	74½	B
do. do.	1	80½	b ₂
Ostpreussische	3½	76	⊗
do. do.	4	82½	b ₂
Pommersche	3½	88½	5%, 95
do. neue	4	72½	b ₂ ⊗ [6
Poensche neue	4	82½	4%, [40
Schlesische	4	84	B [88
Westpreussische	3½	—	— [6
do. do.	3½	73	b ₂
do. neue	4	79	b ₂
do. do.	4½	—	—
Kur- u. Neum.	4	86½	b ₂
Pommersche	4	85	⊗
Poensche	4	85	etw b ₂
Preussische	4	85	⊗
Rhein-Westf.	4	90	b ₂
Sächsische	4	87	⊗
Schlesische	4	86½	⊗
Preuss. Hyp. Cert.	4½	96	etw b ₂
R. Hyp. Pfandbr.	4	91	⊗
Preuss. do. (Hentel)	4½	86	B

Ausländische Fonds.

Deft. 250 fl. Pr. Dbl.	4	72	b $\frac{1}{2}$
do. 100 fl. Rees. B.	—	89 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ ⑥
do. Roefe (1860)	3	77 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ ult. do.
do. Pr. Sch. 1864	—	7 $\frac{1}{2}$	⑥
do. Bodentr. ⑥	5	85	⑥
Ital. Anleihe	5	56	b $\frac{1}{2}$ ⑥ ult. 04.
Ital. Tabak-Dbl.	6	88 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ f. 5 b $\frac{1}{2}$
Rumän. Anleihe	8	8	—
Rum. Dblg. v. St. g.	7 $\frac{1}{2}$	49 $\frac{1}{2}$ —48 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
S. Stieglitz-Anleihe	5	71	b $\frac{1}{2}$
Engl. Anl. v. J. 1862	5	84 $\frac{1}{2}$	einv b $\frac{1}{2}$ ⑥
Präm.-Anl. v. 1864	5	117 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
do. v. 1866	5	118 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
Ruff. Bodentr. Pf.	5	85 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
do. Nikolai-Dblg.	4	68 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ fl. —
Poin. Schatz-Dbl.	4	gr. 69 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ fl. 6.
do. Cert. A. 300 fl.	5	92	⑥
do. Pfdbtr. ins St.	4	70 $\frac{1}{2}$	⑥ 5 $\frac{1}{2}$, 69
do. Part. D. 500 fl.	4	10 $\frac{1}{2}$	⑥
do. Elgu. Pfandbr.	4	58	b $\frac{1}{2}$ ⑥
Finn. 10 Thlr. Roefe	—	7 $\frac{1}{2}$	⑥
Amer. Anl. 1882	6	96 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ ult. 96
Türkische Anl. 1865	5	41 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ ult. 41
Bad. 4 $\frac{1}{2}$ % St. Anl.	4 $\frac{1}{2}$	—	[—4 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$]
Neue bad. 3 $\frac{1}{2}$ % Roefe	—	—	—
Bad. Gif. Pr. Anl.	4	—	—
Bair. 4% Pr. Anl.	4	—	—
do. 4 $\frac{1}{2}$ % St. A. v. 59	4 $\frac{1}{2}$	—	—
Braunfchw. Anl.	5	—	—
Braunfchw. Präm.	—	—	—
Anl. a 20 Thlr.	—	—	—
Deffauer Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	—	—
Häbrder do.	3 $\frac{1}{2}$	—	—
Sächfifche Anl.	5	—	—
Schwed. 10 Thlr. B.	—	—	—

**Bank- und Credit-Aktien und
Antheilscheine.**

Anh. Landes-St.	4	111 1/2	b ₃
Berl. Raff. Verein	4	172	B
Berl. Handels-Ges.	4	128	b ₃
Braunsch. Bank	4	114	⊙
Bremer Bank	4	110	⊙
Coburg. Kredit-Vl.	4	96	B
Danziger Priv.-Vl.	4	103	b ₃
Darmstädter Krcb.	4	123	etw b ₃
Darmst. Bittel.-Vl.	4	101	b ₃ B

Prioritäts-Obstigationen.

Kachen-Düsseldorf	4	—	—
do. II. Em.	4	80½	⊗
do. III. Em.	4½	—	—
Kachen-Nafricht	4½	75	⊗ II. —
do. II. Em.	5	83	⊗
do. III. Em.	5	82½	⊗
Vergisch-Nafrichte	4½	92	⊗
do. II. Ser. (conv.)	4½	88½	⊗
III. Ser. 3¼ v. St. g.	3½	73½	b½
do. Lit. B.	3½	73½	b½
do. IV. Ser.	4½	88½	⊗
do. V. Ser.	4½	87½	b½
do. VI. Ser.	4½	—	—
do. Düsseldorf. Gl. rf.	4	81	⊗
do. II. Em.	4½	—	—
do. (Dortm. Soc'h)	4	81½	⊗
do. II. Ser.	4½	—	—
do. (Nordbahn)	5	96½	⊗
Berlin-Anhalt	4	—	—
do.	4½	90	⊗
do. Lit. B.	4½	—	—
Berlin-Görlitzer	5	97	⊗
Berlin-Hamburg	4	—	—
do. II. Em.	4	—	—

Verl. Poßb.-Mgd.		—	
Lit. A. v. B.	4	—	
do. Lit. C.	4	82½	⊗ D 9
Verl. Stett. II. Em.	4	78½	⊗ [5
do. III. Em.	4	78	⊗
B. S. IV. C. v. St. g.	4½	89½	⊗
do. VI. Ser. do.	4	78	⊗
Bresl. Schmw. Fr.	4½	87½	⊗ G. 87½
Cöln-Crefeld	4	—	
Cöln-Mind. I. Em.	4½	91	b½
do. II. Em.	5	—	
do.	4	—	
do. III. Em.	4	80½	⊗
do.	4½	89½	⊗
do. IV. Em.	4	80½	b½
do. V. Em.	4	81	⊗
Cöfel-Oderb. (Bilh)	4	80½	⊗
do. III. Em.	4½	86½	b½
do. IV. Em.	4½	86½	b½
Galiz. Carl-Ludw.	5	84½	⊗ II. 81½
Gemburg Czernowit	5	66	⊗
do. II. Em.	5	75	b½
do. III. Em.	5	71½	b½ ⊗
Magdeb.-Halberst.	4½	89½	⊗
do. do. 1866	4½	88½	⊗
do. do.	5	5½	b½
do. Bittenb.	3	6½	b½
Niederschl.-Märk.	4	84½	⊗
do. II. S. a. 62½ tlr.	4	82½	⊗
do. c. I. u. II. Ser.	4	81½	b½
do. conv. III. Ser.	4	79½	⊗
do. IV. Ser.	4½	91	⊗
Niederschl. Zweigb.	5	95½	b½ D 95½
Obereschl. Lit. A.	5	—	
do. Lit. B.	4	75½	⊗
do. Lit. C.	3½	82	⊗
do. Lit. D.	4	82	⊗
do. Lit. E.	4	79½	⊗
do. Lit. F.	3½	—	
do. Lit. G.	4	88	⊗ [88
Deutr. Franzöf. St.	4½	271	b½ Lit. I
Deutr. südl. St. (Zb.)	3	234½	b½
do. Lomb. Bors.	5	97½	⊗
do. do. fällig 1876	6	95½	⊗
do. do. fällig 1876	6	95½	b½ ⊗
do. do. fällig 1877/8	6	94½	⊗
Ostpreuß. Südbahn	6	91½	b½
Rhein. Pr.-Obligat.	5	—	
do. Staat-garant.	4	—	
do. III. v. 1858 u. 60	3	87½	b½ 65r 87½
do. 1862 u. 1864	4	87½	b½ ⊗
do. v. Staat-garant.	4	—	
Rhein-Nahe v. S. g.	4	88½	⊗
do. II. Em.	4½	88½	⊗

	Ruhrort: Erefeld	4½	—	—
	do. II. Ser.	4½	—	—
8	do. III. Ser.	4½	8½	⊗
	Charlottenh.	4½	84½	bj ⊗
	Teleg. Borch.	5	—	—
	Koziow-Borch.	5	84½	bj ⊗
	Kursk-Charlottenh.	5	84½	bj ⊗
8	Kursk-Kiew	5	85	bj ⊗
	Wostok-Rjasan	5	87½	bj
	Rjasan-Koziow	5	85½	bj
	Schuja-Zoanow	5	84½	bj ⊗
	Warschau-Leresopol	5	84	B fl. 84
	Warschau-Wiener	5	84	B fl. 84
	Schleswig	5	87½	B
	Stargard-Posen	4½	—	—
	do. II. Em.	4	88	⊗
	do. III. Em.	4½	88	⊗
	Thüringer I. Ser.	4½	82	⊗
	do. II. "	4	91½	⊗
	do. III. "	4½	82	⊗
	do. IV. "	4	91½	B
Eisenbahn-Aktien.				
	Nachn.-Masticht	4	37½	bj ⊗
	Altora-Kieler	4	110½	bj
	Amsterd.-Rotterd.	4	100	bj
	Bergisch-Märkische	4	112½	bj
	Berlin-Anhalt	4	189	bj
	Berlin-Görlz.	4	65½	bj
	do. Stammprior.	5	90½	bj
	Berlin-Hamburg	4	147	bj
	Berl.-Posd.-Magd.	4	212	etw bj
bj	Berlin-Stettin	4	136½	bj
	Böhm. Westbahn	5	101½-102½	bj ⊗
	Bresl.-Schw.-Frb.	4	105½	bj
	Brieg-Nieße	5	86½	⊗
	Cöln-Minden	4	131½-132	bj ⊗
	do. Lit. B.	5	97½	bj ⊗
⊗	Galiz. Carl-Ludwig	5	100½	bj
H.	Halle-Sorau-Gub.	4	44½	bj
	do. Stammprior.	5	71½	bj
	Leban-Bittau	4	72½	bj
	Ludwigshaf.-Berg.	4	161½	⊗
	Märkisch-Posen	4	40½	bj
	do. Prior.-St.	5	6½	bj
	Magdeb.-Halberst.	4	114	bj
	do. Stamm-Prior. B.	3½	69½	bj
	Magdeb.-Leipzig	4	178½	bj
	do. do Lit. B.	4	87½	bj ⊗
bj	Mainz-Ludwigsh.	4	134½	bj
	Medlenburger	4	—	—
	Münster-Hammer	4	—	—
	Niedersch.-Märk.	4	85½	bj B
	Niedersch. Sreibg.	4	90½	bj

Ror. h. Grf. gar.	4	—
Nord. Grf. St. Pr.	5	(8½ bz
Dorheff. v. St. gar.	3½	vll. 66 ⑥
Derschl. Lit. A. u. C.	3½	166 bz
do. Lit. B.	3½	149½ bz 1½-5 bz
Deft. Frnz. Staats.	5	— ult. 206½ ult.
Deft. Südd. (Comb.)	5	98½ bz 98 bz ult. (ho.)
Dkpr. Südbahn	4	236½ bz
do. St. Prior.	5	63½ bz
Richte. Dder-Isferb.	5	83½ bz
do. do. St. Pr.	5	94½ bz
Rheinische	4	115½ bz
St. Pr. Lit. B. v. St. g.	4	79½ bz
Rhein-Radbahn	4	31 bz ⑥
Russ. Eisen v. St. g.	5	90½ bz
Stargard-Polen	4½	91½ bz
Lebinger	4	130 ⑥
do. B. gar.	4	vll 77 etw bz ②
Katfchau-Bromb.	4	—
do. Wiener	5	61½ bz
Gold-, Silber- und Papier-Geld.		
Friedrichsd'or	—	115½ bz ⑥
Gold-Kronen	—	9. 8½ ⑥
Louisd'or	—	1 1½ ⑥
Deft. S.-u. Pap.-R.	4½	48 ⑥ 55½ bz
Sovereigns	—	6. 24½ ⑥
Napoleonsd'or	—	6. 12½ bz ⑥
Imp. p. Spfd.	—	465 bz
Dollars	—	1. 12 ⑥
Silber pr. Spfd.	—	29. 26 ⑥
R. Sächf. Kass.-H.	—	99½ bz
Fremde Noten	—	99½ bz
do. (eincl. in Lpzg.)	—	99½ bz
Deherr. Banknoten	—	81½ bz
Russische do.	—	79½ bz
Zeehsel-Kurse vom 13. Februar.		
Bankdiskont	6	—
Amstrd. 250fl. 10 Z.	4	—
do. 2 M.	4	—
Hamb. 300 M. 8 Z.	4	—
do. 2 M.	4	—
London 1 £ R. 3 M.	2½	—
Paris 300 Fr. 2 M.	—	—
Wien 150 fl. 8 Z.	6	81½ ② 81½ ⑥
do. do. 2 M.	6	81 ½ bz
Augsb. 100fl. 2 M.	5	—
Frankf. 100fl. 2 M.	3½	—
Leipzig 100 Th. 8 Z.	5	—
do. do. 2 M.	5	—
Petersb. 100 R. 3 M.	6	88½ bz
Katfchau 90 R. 8 Z.	6	79½ bz
Brem. 100 Th. 8 Z.	4½	—